Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 23. Oktober 2013
Ausgabe 202
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
› OB Ude: Zukunftssicherung durch Rekord-Investitionen – und dabei die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung seit 1985 3
› Glückwünsche für Ulrike Mascher zum 75. Geburtstag 16
› OB Ude gratuliert Dr. Jürgen Klaus Nehls zum 75. Geburtstag 17
› Erhaltungssatzungen beschlossen und erweitert 18
› Verbesserung der Verkehrssicherheit im Ortskern Feldmoching 19
› MVHS lädt zum Aktionstag „Einstein 28 kommt“ 19
› Die Sommerzeit endet: Öffentliche Uhren werden umgestellt 21
› Stadt sucht Tagesmütter und Tagesväter – Infonachmittag in der Stadtbibliothek Laim 21
› 2. Quartalsheft der „Münchner Statistik“ erschienen 22
› Bezirksausschuss lädt zu „Maxvorstädter Vorlesungen“ ein 22
› „Afrikanische Filmtage“ im Gasteig 22
› Führung durch die Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN“ 23
Antworten auf Stadtratsanfragen **25**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 24. Oktober, 10.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Verstärkung für die Stadtverwaltung: Über 100 Beamtinnen und Beamte werden in diesem Jahr nach ihrer Ausbildung oder dem dualen Studium in den Dienst der Landeshauptstadt übernommen. Bürgermeisterin Christine Strobl, Dr. Angelika Beyerle, Stadtdirektorin im Personal- und Organisationsreferat, und Constantin Dietl-Dinev, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates, gratulieren den Absolventinnen und Absolventen. Der feierlichen Auszeichnung der besten Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer durch die Bürgermeisterin folgt ein gemeinsames Essen im Ratskeller.

Wiederholung
Donnerstag, 24. Oktober, 10.30 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Ulfried Müller, Leiter Grundlagen der Wirtschaftspolitik im Referat für Arbeit und Wirtschaft, die Beraterinnen der Arqum GmbH sowie Vertreterinnen und Vertreter der teilnehmenden Betriebe präsentieren die Ergebnisse des „Betrieblichen Mobilitätsmanagements München 2013". Im Rahmen dieses städtischen Förderprogramms haben folgende neun Unternehmen effiziente Maßnahmen für eine umwelt-, klima- und mitarbeiterfreundliche Mobilität entwickelt und umgesetzt: Bavaria Filmstudios, Bayerisches Rotes Kreuz – Landesgeschäftsstelle, Bertrandt Ingenieurbüro, Bosch und Siemens Hausgeräte (BSH), Hawe Hydraulik, Holiday Inn Munich – City Centre, PricewaterhouseCoopers, RTL 2 Fernsehen und die Schörghuber Gruppe. Im Anschluss an die Präsentation werden den Betrieben die Urkunden für ihre erfolgreiche Teilnahme überreicht.

Wiederholung
Donnerstag, 24. Oktober, 15 Uhr,
Theater am Oberanger, Oberanger 38
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Vereins „Brücke München" e.V., eine Institution der Jugendhilfe, die Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz in Verbindung mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz durchführt. Sie bietet Jugendlichen und Heranwachsenden im Sinne der so genannten „Neuen Ambulanten Maßnahmen" Alternativen zu den herkömmlichen Sanktionen wie Bußgeld, Arrest, Jugendstrafvollzug.

Wiederholung
Donnerstag, 24. Oktober, 20 Uhr,
Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1
Eröffnung der Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN" mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Dr. Isabella Fehle, Direktorin des Münchner Stadtmuseums, Hamado Dipama, Mitglied des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt München, sowie HMJokinen und Christian Kopp, Kuratoren der Ausstellung „freedom roads!". Europas Stadtlandschaften sind geprägt von Spuren des Kolonialismus. Doch in den letzten Jahren engagieren sich mehr und mehr lokale Initiativen für eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Hinterlassenschaften – auch in München. Es werden drei Ausstellungsmodule gezeigt:

1. freedom roads! koloniale straßennamen – postkoloniale erinnerungskultur. Geschichte, Kunst und Beteiligung (Berlin Postkolonial/HMJokinen/afrika-hamburg.de);
2. Spuren Blicke Stören – dekolonisieren.münchen | dekolonisieren: museum;
3. „L'Allemagne avant la Guerre et l'Allemagne après la Guerre" – Künstlerische Installation von Georges Adéagbo. Der Künstler ist bei der Eröffnung anwesend.

Die Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN" ist vom 25. Oktober 2013 bis 23. Februar 2014 im Münchner Stadtmuseum zu sehen.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am Donnerstag, 24. Oktober, um 11 Uhr.

Montag, 28. Oktober, 11.30 Uhr, Gelbhofstraße 12
Stadtrat Johann Stadler (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Katharina Andrä im Namen der Stadt zum 102. Geburtstag.

Meldungen

OB Ude: Zukunftssicherung durch Rekord-Investitionen – und dabei die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung seit 1985
(23.10.2013) Die Rede zur Einbringung des städtischen Haushalts für 2014 von Oberbürgermeister Christian Ude in der heutigen Vollversammlung des Stadtrats hat folgenden Wortlaut:
„Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich habe eine schlechte und eine gute Nachricht für Sie. Zuerst die schlechte: Sie müssen sich jetzt meine 21. Haushaltsrede anhören. Dabei ist den

einzelnen Ansprachen eine gewisse geistige Nähe nicht abzusprechen. Das wird in Gemeindeparlamenten deutscher Großstädte nur selten in solcher Vielzahl zugemutet.
Nun die gute Nachricht: Es ist unwiderruflich meine letzte Haushaltsrede. Bevor Sie sich zu früh freuen, sollten Sie aber schon bedenken, dass dieser Sachverhalt einige bilanzierende Bemerkungen über 20 Jahre städtischer Finanzpolitik geradezu erzwingt. Also: Geduld bitte.

I. Schuldenabbau wie noch nie

Ich halte es für eine unzulässige Verkürzung, öffentliche Finanzen ausschließlich am Grad der Verschuldung zu messen. Kein Mensch käme auf die abwegige Idee, ein florierendes Großunternehmen krankzuschreiben, nur weil es mit 70 Prozent Fremdkapital arbeitet – das ist das Normalmaß! Ebenso würde niemand die wirtschaftliche Situation eines Betriebes preisen, dem kein Geldinstitut mehr Kredite gewährt, so dass die Verschuldung in bescheidenem Rahmen bleibt. Entscheidend ist schon die Wettbewerbsfähigkeit, die Produktivität, der Umsatz, die Einnahmesituation, die Gewinnerwartung, die Investitionskraft und vieles mehr, was bei einer Fixierung allein auf die Schuldenlast leider außer Betracht bleibt.
Trotzdem ist schon verständlich, dass sich die öffentliche Diskussion öffentlicher Finanzen in den letzten Jahren zunehmend auf das Maß der Verschuldung konzentriert hat,

- weil die Schulden der öffentlichen Hand regelrecht explodierten,
- weil sie in Deutschland mit weit mehr als unvorstellbaren zwei Billionen längst jeden vertretbaren Rahmen gesprengt haben,
- weil die Abenteuer der Finanzjongleure und Geldinstitute während und nach der Finanzkrise mit ihrem Rettungsbedarf die Verschuldung nochmals sprunghaft erhöht haben,
- weil die abgrundtiefe Krise der Schuldenländer am Mittelmeer uns allen dramatisch vor Augen führt, dass Überschuldung nicht nur eine Hypothek für die Enkel ist und gegen die Generationengerechtigkeit verstößt, sondern durchaus schon in der Gegenwart dazu führen kann, ganze Volkswirtschaften und demokratische Gemeinwesen zum Spielball und Opfer der Finanzmärkte zu machen. Überschuldung schafft Abhängigkeit und beseitigt politische Handlungsmöglichkeiten, übrigens auch in der Sozialpolitik. So betrachtet ist es ein soziales und und emanzipatorisches Projekt, öffentliche Schulden abzubauen, wann immer dies ohne sozialen Kahlschlag möglich ist.

Schulden sind aber nicht immer schlecht, sondern durchaus vertretbar, wenn sie der Zukunftssicherung dienen und ökonomisch die eigene Tilgung

ermöglichen. Allerdings müssen Schulden in guten Zeiten reduziert werden, damit es in schlechten Zeiten wieder finanzielle Spielräume gibt – und damit die öffentlichen Einnahmen auch künftigen Jahrgängen und Generationen zur Erfüllung aktueller Aufgaben dienen und nicht nur zur Finanzierung des Schuldendienstes.
Wie ist von dieser Warte aus die städtische Finanzpolitik der letzten zwei-Jahrzehnte zu beurteilen? Ja, es hat Kreditaufnahmen gegeben. Das ist schon wahr. Die Verschuldung des Hoheitshaushaltes war von 1993 – 2005 von umgerechnet unter 1,5 Milliarden Euro auf über 3,4 Milliarden Euro angestiegen.
Aber was haben wir damit erreicht? Nicht weniger als den Rekord aller deutschen Städte bei den kommunalen Investitionen. Jahr für Jahr. Meist über 1 Milliarde Euro. Insgesamt bis Ende 2014 17,5 Milliarden Euro. So konnte der städtische Beitrag zum neuen Flughafen, die städtische Hälfte der Neuen Messe, der rasante Ausbau des U-Bahnnetzes, die Entwicklung neuer Stadtteile, der Ausbau und die Modernisierung der Münchner Schulen, der Ausbau der Kinderbetreuung und vieles mehr finanziert werden, was Münchens Stärke und Steuerkraft in den vergangenen zehn Jahren ermöglicht hat. In den guten Jahren von 2004 bis zum laufenden Haushaltsjahr 2013 wurde dann auch tatsächlich der Schuldenabbau großgeschrieben. Die Schulden des Hoheitshaushalts wurden in diesem Jahrzehnt von 3,4 Milliarden auf unter eine Milliarde Euro zurückgeführt. Und da die Kredite der Eigenbetriebe im selben Zeitraum ebenfalls reduziert werden konnten, ergibt die Gesamtbetrachtung von Hoheitshaushalt mitsamt den Eigenbetrieben kein anderes Bild.
Man könnte einwenden, dass es doch selbstverständlich sei, in „fetten" Jahren Kredite zurückzuzahlen. Jene Parteien, die zwar nicht in diesem Rathaus, aber auf Landes- und Bundesebene in den vergangenen Jahren Regierungsverantwortung trugen, sollten sich hier aber großer Zurückhaltung befleißigen. Weder im Bund noch im Freistaat Bayern ist es gelungen, in den viel gepriesenen „fetten" Jahren mit den höchsten Steuereinnahmen der Nachkriegsgeschichte auf Neuverschuldung zu verzichten. Im Freistaat Bayern stieg die Neuverschuldung in den letzten fünf Jahren sogar um neun Milliarden an – und ich finde, dass dieser Anstieg nicht wirklich gut gerechtfertigt werden kann mit dem Hinweis, man habe das Geld nicht in Kinderbetreuung oder Schulen gesteckt, sondern auf den internationalen Finanzmärkten versenkt. Das macht die Sache doch wohl nur noch schlimmer!
Allein in diesem Jahr sinkt die Münchner Schuldenlast um 393 Millionen Euro auf weniger als eine Milliarde, auf 968 Millionen Euro.

Der zuverlässigste Maßstab, um den aktuellen Verschuldungsstand von Kommunen zu bewerten und zu vergleichen, ist die Pro-Kopf-Verschuldung. Sie erreicht, wenn der Stadtrat den Vorschlägen der Kämmerei folgt, in diesem Jahr den Betrag von 670 Euro pro Kopf, das ist der niedrigste Wert seit 1985. Die seit 1990 regierende rot-grüne Stadtratsmehrheit hat das größte kommunale Investitionsprogramm aller deutschen Städte also nicht nur ohne bleibende Neuverschuldung realisiert, sondern bei gleichzeitigem Abbau der 1990 übernommenen Schuldenlast.
Auch der Gesamtschuldenstand unter Einbeziehung der Eigenbetriebe ist niedriger als der Gesamtschuldenstand vor Amtsantritt der rot-grünen Stadtratsmehrheit. Und dies wurde erreicht, ohne städtische Unternehmen, Geldinstitute und Wohnungsbestände zu veräußern, ohne den Ausbau der Infrastruktur zu vernachlässigen! Dies heißt ja nicht, dass es keinen Sanierungsbedarf gäbe. Es ist allgemein bekannt, wie hoch er in städtischen Schulgebäuden und Kliniken, im Gasteig und bei den Markthallen ist – aber die Finanzkraft der Stadt erlaubt es, diese Projekte tatkräftig anzugehen. Dies kann der Bund bei der Verkehrsinfrastruktur mit ihrem gigantischen Sanierungsbedarf bei Straßen und Schienen nach eigenem Eingeständnis nicht behaupten.

II. Einnahmen: Fast 27 Milliarden Gewerbesteuer

Mit keinem finanzpolitischen Thema war ich in den letzten zwei Jahrzehnten so intensiv befasst wie mit der Verteidigung der Gewerbesteuer. Immer wieder haben Fraktionen des Deutschen Bundestags, haben Wirtschaftsverbände, private Stiftungen und Berufsverbände, Wirtschaftsprofessoren und Wirtschaftsredaktionen versucht, die Gewerbesteuer zu diskreditieren und demontieren, als antiquiert oder wachstumsfeindlich hinzustellen und durch höchst fragwürdige Hilfskonstruktionen abzulösen, die nach allen Berechnungen der Finanzministerien nicht einmal annähernd den gleichen Ertrag für Deutschlands Kommunen gebracht hätten. Vor allem in meiner Amtszeit als Präsident des Deutschen Städtetags war es ein regelrechtes Spießrutenlaufen, diese wichtigste Finanzquelle der Kommunen gegen dreiste Zugriffe zahlreicher Lobbyisten zu verteidigen. Unvergessen ist die großartige Protestdemonstration im Berliner Kongresszentrum, als sich auf Einladung der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth über 1.000 deutsche Bürgermeister und Städtetagsdelegierte mit Unterstützung der Freien Wohlfahrtsverbände, der Gewerkschaften und des deutschen Sports für die Gewerbesteuer stark machten. Die einzigen Gegenstimmen – etwa eine Handvoll – kamen von der Opposition im Münchner Stadtrat. Was für ein Glück für unsere Stadt und alle deutschen Kommunen, dass diese Gegenstimmen allein auf weiter Flur blieben und sich

nicht durchsetzen konnten. Tempi passati. Aber heute können wir sagen, was die Gewerbesteuer der Stadt München allein in meiner Amtszeit gebracht hat: 26,982 Milliarden Euro!
Aber auch die Einnahmen aus der Einkommenssteuer bewegen sich auf Rekordniveau: 880 Millionen wird der Gemeindeanteil betragen. Auch der Ansatz für die Grunderwerbssteuer ist um zehn Millionen Euro anzuheben, das ergibt 130 Millionen Euro. Eine weitere bedeutsame Zahl verdanke ich dem Bayerischen Staatsministerium für Finanzen: Sage und schreibe 42 Prozent der gesamten bayerischen Steuereinnahmen werden in zwei sozialdemokratisch regierten Kommunen erwirtschaftet, in der Landeshauptstadt und im Landkreis München. Dies macht deutlich, wie viel wir mit der Ankurbelung der Wirtschaft auch in konjunkturschwächeren Jahren weit über die Stadt- und Landkreisgrenzen hinaus für den gesamten Freistaat und seine Finanzierung geleistet haben und unverändert leisten.

III. Münchens Investitionskraft

Im kommenden Jahr werden wir im Haushalt Investitionen in Höhe von 783 Millionen Euro tätigen, nach aller Erfahrung der letzten Jahrzehnte wird dieser Betrag aber in den beiden Nachtragshaushalten noch spürbar erhöht. Auch in diesem Jahr möchte ich zwei Investitionsschwerpunkte herausstellen, die in München eine besondere Rolle spielen:

1. Die Kindertagesbetreuung

Weil München seit mehr als einem Jahrzehnt einen erfreulichen Geburtenüberschuss hat, um den uns viele Kommunen im Zeichen des demografischen Wandels beneiden, aber auch, weil hier viele Mütter berufstätig sein wollen und wegen des Jobangebots auch berufstätig sein können, ist der Bedarf besonders groß. Die Zielzahlen des damaligen Krippen- gipfels im Jahr 2005 – damals war von einem Versorgungsgrad von 35 Prozent für die unter Dreijährigen die Rede – haben wir längst hinter uns gelassen. Inzwischen können wir über 56 Prozent der Kinder mit Rechtsanspruch (über 1, unter 3), einen Betreuungsplatz anbieten. Bis zum Ende des Jahres wird dieser Satz sogar noch auf 66 Prozent steigen. Seit dem 1. August 2013 ist der Rechtsanspruch in Kraft. Der Münchner Stadtrat kann stolz darauf sein, dass es trotz der wachsenden Kinderzahl und des außerordentlich hohen Bedarfs immer noch kein einziges Gerichtsverfahren gibt, in dem die Eltern vortragen, keinen Krippenplatz angeboten bekommen zu haben. Die wenigen Klagen, die bisher in München verhandelt wurden, wurden entweder von den Eltern zurückgenommen oder für erledigt erklärt, weil die Eltern die Angebote der Stadt doch noch angenommen haben – oder es erfolgte eine Klagabweisung durch das Gericht, weil der von

der Stadt angebotene Platz zumutbar war. Aber Klagen wegen fehlender Plätze gibt es bis heute nicht. Ich möchte dem Stadtrat ausdrücklich für die bereitgestellten Mittel und die beschlossenen Investitionsprogramme und dem Bildungsreferat sowie dem Eigenbetrieb für die schnelle Realisierung danken. In den vergangenen 20 Jahren entstanden in München rund 13.500 Plätze für Kinder unter drei Jahren, daneben übrigens auch 15.700 Kindergartenplätze und rund 19.400 Plätze zur ganztägigen Bildung und Betreuung von Kindern in Horten, Tagesheimen, Mittagsbetreuungen und Ganztagsklassen.
Nach dieser Ausbauoffensive, vor allem dem Krippenförderprogramm von 2008 - 2013, wird das kommende Haushaltsjahr nicht mehr die selbe Rekordhöhe aufweisen. Dennoch können sich die weiteren Ausbauaktivitäten sehen lassen: 23 neue Einrichtungen werden fertiggestellt und in Betrieb gehen – mit 92 Krippengruppen mit insgesamt 1.104 Plätzen, 32 Kindergartengruppen mit 800 Plätzen und zehn Hortgruppen mit 250 Plätzen. Insgesamt werden also 2.154 zusätzliche Plätze geschaffen. Im Rahmen von zwei Generalinstandsetzungen von alten Schulen kommen noch zehn Tagesheimgruppen mit 250 Plätzen hinzu.
Weil es kein einziges Elternpaar in München gibt, das seit dem 1. August einen Krippenplatz gefordert hat, aber nicht vermittelt bekommen konnte, ist es auch erfreulich still um die frühere Sozialministerin geworden, die monatelang ausgerechnet die Stadt mit dem größten Kita-Betreuungsangebot beschuldigt hat, Bayerns Schlusslicht zu sein. Absurd war dies schon immer, jetzt ist es auch noch auf beschämende Weise widerlegt.

2. Wohnen in München

Während das Engagement von Bund und Land in München in den vergangenen 20 Jahren von 62,5 auf 52 Millionen Euro pro Jahr zurückgegangen ist, hat die Landeshauptstadt München ihre Fördermittel in diesem Zeitraum mehr als vervierzehnfacht – nämlich von (umgerechnet) 7,2 Millionen Euro im Jahr 1993 auf 102,7 Millionen Euro im Jahr 2012 – und dabei rede ich nur von den tatsächlich abgeflossenen Mitteln und nicht von der sehr viel höheren Mittelbereitstellung. Dass nicht alle bereitgestellten Mittel auch tatsächlich abgeflossen sind, ist natürlich bedauerlich, aber wir hatten einige Jahre mit der verhängnisvollen Bremswirkung eines mittlerweile aufgehobenen obergerichtlichen Urteils zu kämpfen, das die freihändige Vergabe städtischer Grundstücke zeitweise zum Erliegen brachte. Selbst die Vergabe an eigene Gesellschaften war untersagt. Sie und private Investoren konnten während dieser Zeit wegen fehlender Grundstücke die bereitgestellten Mittel für den geförderten Wohnungsbau nicht ausschöpfen. Außerdem kann die Stadt privaten Investoren den Zeitpunkt von Bauprojekten nicht einfach vorschreiben. Trotzdem war es richtig, ehrgei-

zige Ziele zu setzen, auch wenn sie sich nicht in vollem Umfang erreichen ließen, und nicht die Ziele den leider niedrigeren Erfahrungswerten anzupassen.
Auch wenn der Wohnungsbau und seine städtische Förderung in meiner Amtszeit ebenso wie bei allen Vorgängern ein herausragender Schwerpunkt war mit immerhin fast 120.000 fertiggestellten Wohnungen, davon über 26.000 mit öffentlicher Förderung und 3.500 Wohnungen im „München-Modell" für Durchschnittsverdiener mit Kindern, muss ich vor der Illusion warnen, Münchens Wohnungsproblem könnte durch Neubau allein gelöst werden. Angesichts der Wanderungsbewegungen im Land, im Bund, in Europa und weltweit wird in einer Stadt mit Münchens Anziehungskraft die Nachfrage immer höher sein als das Angebot und dies wird die Preise in die Höhe treiben.
Völlig unabhängig von den Grundstücks- und Baukosten werden nicht alle, aber viel zu viele Vermieter verlangen, was der Markt hergibt, so lange das Gesetz keinen Riegel vorschiebt. Also kommt es ganz entscheidend auf die gesetzliche Beschränkung an. Viel zu spät hat der Gesetzgeber beschlossen, was die Stadt München und auch ich persönlich schon seit Jahrzehnten fordern: Eine Begrenzung des Mietanstiegs auf 15 Prozent in drei Jahren. Hätte der Deutsche Bundestag diese Forderung schon vor Jahrzehnten erfüllt – diese Kritik gilt nicht nur der noch amtierenden Koalition auf Bundesebene, sondern auch ihren Vorgängerinnen unterschiedlicher Couleur – hätten die Mietpreise nicht einen immer größeren Teil der Einkommen, der Gehälter und Renten auffressen können. Jetzt gibt es wenigstens bei bestehenden Mietverträgen diese Schranke – viel zu spät, aber immerhin.
Doch bei jedem Mieterwechsel hängt die neue Miethöhe nur davon ab, was der Markt hergibt, das Gesetz zieht keine Grenze. Nachdem kein Alibi in Gestalt einer kleinen marktradikalen Partei mehr zur Verfügung steht, kann und will ich mir keine Koalition auf Bundesebene vorstellen, die nicht die Forderungen des Deutschen Städtetags und des Deutschen Mieterbundes und der gegenwärtigen Opposition im Bundestag aufgreift, auch bei Mieterwechsel nur eine Miete zu erlauben, die höchstens zehn Prozent über der örtlichen Vergleichsmiete liegt. Die Bundeskanzlerin hat beim letzten Deutschen Städtetag in Frankfurt im Frühjahr diesen Jahres eingeräumt, dass ihr diese Forderung vernünftig erscheint. Jetzt muss die Vernunft auch in die Tat umgesetzt werden!
Ich wäre froh, wenn das wohnungspolitische Kapitel mit diesem Appell enden könnte. Leidder ist das aber nicht der Fall. Am vergangenen Wochenende fand sich die Stadtverwaltung in einer wohnungspolitischen Frage selber auf der Anklagebank. Auch wenn die Leerstandsthematik

nur rund ein Prozent des städtischen Wohnungsbesitzes betrifft und ein vorübergehender Leerstand bis zu einer bereits beschlossenen und geplanten Generalsanierung nicht zu beanstanden ist, kann es nicht hingenommen werden, ist es wohnungspolitisch nicht zu vertreten, wenn Wohnungen mehrere Jahre, in Einzelfällen sogar unvorstellbar lang leer stehen. Wir werden deshalb in Zukunft mit umfangreichen und regelmäßigen Berichtspflichten sicherstellen, dass Stadtrat und Stadtspitze den Vollzug von Stadtratsbeschlüssen und OB-Weisungen, die seit langem vorliegen, schärfstens kontrollieren können. Der Antrag von SPD und Grünen vom Montag dieser Woche weist in die richtige Richtung.

IV. Gesellschaften: Prädikat wertvoll

Die Investitionskraft der Stadt wäre nicht so beneidenswert groß, wenn es nicht die Erfolgsgeschichte der städtischen Gesellschaften gäbe. Wir haben ja beim Freistaat gesehen, wie stark ein eigenes Geldinstitut einen öffentlichen Haushalt in Mitleidenschaft ziehen kann. Bei der Stadt ist das anders: In diesem Sommer konnte ich als Vorsitzender des Verwaltungsrats bekannt geben, dass bei der Stadtsparkasse in meiner Amtszeit

- die Bilanzsumme um 86 Prozent stieg,
- das Volumen der Kredite an Kunden um 109 Prozent,
- der Jahresüberschuss um über 116 Prozent und
- das Eigenkapital sogar um 191 Prozent.

So schaut das aus, wenn ein Bankunternehmen der öffentlichen Hand mit Geld umgehen kann. Glückwunsch an Harald Strötgen, seine Kollegen und die gesamte Belegschaft!

Die Entwicklung des Eigenkapitals sieht aber nicht nur bei der Stadtsparkasse, sondern auch bei den anderen städtischen Gesellschaften glänzend aus. So stieg das Eigenkapital der Stadtwerke, der Wohnungsbaugesellschaften, der MÜNCHENSTIFT, des Olympiaparks und des Tierparks auch bei Einbeziehung der Kliniken in den letzten 20 Jahren von 1.582 Millionen Euro auf 6.166 Millionen Euro, also um fast 4,7 Milliarden Euro. Anders ausgedrückt: Das Eigenkapital hat sich fast vervierfacht. Ich habe deshalb überhaupt nichts dagegen, dass auch die Gesellschaften bei der Betrachtung der städtischen Finanzsituation mit einbezogen werden. Natürlich steht bei rasant wachsenden Unternehmen wie den Stadtwerken dem wachsenden Eigenkapital auch wachsendes Fremdkapital gegenüber. Aber das ist keineswegs betrüblich, da es sich hier um rentierliche Schulden handelt, ohne die das Unternehmen nicht in der Lage wäre, die größte Ausbauinitiative Erneuerbare Energien aller europäischen Großstädte zu realisieren. Dank dieser Initiative sind die SWM nicht nur zu einem ökologischen Vorzeigeunternehmen geworden, das international be-

achtet wird, nein, sie sind dank dieser Initiative auch ökonomisch gut aufgestellt und wettbewerbsfähig in Zeiten der Energiewende, wie der Vorsitzende der Geschäftsführung Dr. Florian Bieberbach vor wenigen Tagen im Aufsichtsrat eindrucksvoll vorgetragen hat. Dass die FDP kürzlich den Stadtwerken empfohlen hat, den Ausbau erneuerbarer Energien lieber fallen zu lassen, zieht nicht die zukunftsweisende Geschäftspolitik der Stadtwerke in Zweifel, sondern bestätigt die Entscheidungen der Wählerschaft in Bund und Land, auf solchen Rat künftig verzichten zu wollen.
Der Beitrag der Stadtwerke zum Haushalt der Landeshauptstadt konnte vom Jahresverlust 1993 bis zu einem jährlichen Finanzierungsbeitrag durch Gewinnabführungen, Konzessionsabgaben und Gewerbesteuern von regelmäßig über 250 Millionen Euro in den letzten Jahren gesteigert werden. Dieser Beitrag ist neben der Erhaltung der Gewerbesteuer und der guten Konjunktur ein dritter Grund für die aktuelle Finanzkraft der Stadt. Es freut mich, dass niemand in diesem Hause mehr daran erinnert werden will, wie nachdrücklich er vor geraumer Zeit noch gefordert hat, die Stadtwerke zu verscherbeln.
Leider kann man auf wohnungspolitischem Gebiet nicht feststellen, dass die Ideologie der Privatisierung in gleicher Weise überwunden worden wäre. Ganz im Gegenteil: Während die Zahl der Wohnungen im Eigentum der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften in den letzten zwei Jahrzehnten von unter 40.000 auf zirka 60.000 gestiegen ist, hat die Bayerische Staatsregierung allein in München über 8.000 Wohnungen in Staatsbesitz privatisiert, mit der trostlosen und provozierenden Folge, dass dieser Stadtrat sich noch jahrelang in einer Serie von Einzelfällen damit wird befassen müssen, wie viele Millionen und zig Millionen Euro er aufbringen muss, um wenigstens einige vom Wohnungsweiterverkauf bedrohte Mieter zu schützen und Wohnungen für untere und mittlere Einkommensgruppen dauerhaft zu sichern. „Städtische Rettungsschirme für Opfer der Staatsregierungen“ werden noch jahrelang auf der Tagesordnung stehen. Mir ist kein Fall erinnerlich, dass eine öffentliche Hand auf derart schändliche Weise eine andere gezwungen hätte, mit Millionen-Aufwand die schädlichen Folgen verfehlter Politik wenigstens teilweise abzumildern. Wer in München in Zeiten unaufhaltsam wachsender Wohnungsnachfrage will, dass das Angebot an preiswerten Wohnungen der öffentlichen Hand steigt und nicht sinkt, sollte sich in den kommenden Monaten deutlich vor Augen führen, wer öffentliche Wohnungsbestände mit allen Kräften aufgestockt hat und wer sie ohne Skrupel veräußerte, um mit dem Privatisierungserlös seine Haushaltszahlen zu schönen. Nehmen Sie es mir nicht übel, aber diese Frage wird bei jedem Einzelfall wieder gestellt werden, wenn der

Münchner Stadtrat tief ins Stadtsäckel greifen muss, um von der Staatsregierung fallengelassene Mieter und Wohnungen doch noch aufzufangen. Ich will nicht verschweigen, dass nicht alle Gesellschaften so gute Zahlen wie die Stadtwerke und die Wohnungsbaugesellschaften vorzuweisen haben. Die größten Sorgen ruft das Städtische Klinikum hervor. Der Finanzbedarf hat bereits den städtischen Haushalt belastet, der Sanierungsbedarf aller vier Häuser bewegt sich in erschreckender Höhe. Die Wirtschaftlichkeit ist noch nicht erreicht. Mich beunruhigt, wie viele Akteure glauben, ein Defizit sei so schlimm auch wieder nicht, weil die Stadt es schon tragen könne. Wer so denkt, ignoriert das europäische Beihilferecht. Bei jeder Finanzhilfe muss dargelegt werden können, dass ein privater Investor sie auch gewähren würde, weil sie sich zumindest auf längere Sicht rechnet. Dieser Private-Investor-Test ist nicht zu bestehen, wenn kein belastbares Konzept vorliegt, in Zukunft wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Das ist die Herausforderung, vor der wir nun schon seit längerer Zeit stehen. Wer Anträge gestellt hat, die darauf abzielen die Einnahmen zu steigern und Kosten senken zu können, werfe den ersten Stein. Mir sind solche Anträge oder Initiativen über die von der Stadtratsmehrheit gefassten Beschlüsse hinaus aber nicht bekannt, dafür aber zahllose Beiträge, wo man auf gar keinen Fall sparen oder kürzen dürfe.
Die erschreckend hohe Zahl von Privatisierungen öffentlicher Krankenhäuser – in den letzten zwei Jahrzehnten hat sie über 400 erreicht – macht deutlich, wohin Unwirtschaftlichkeit führt, aber auch, was wir mit der Verteidigung unserer öffentlichen Daseinsvorsorge bisher vermeiden konnten. Die gravierende Zahl von weit über 40 Prozent der im Verband der Krankenhausdirektoren vertretenen Kliniken, die rote Zahlen schreiben, macht deutlich, dass es sich hier um ein weit verbreitetes Phänomen handelt, das mit der Unterfinanzierung der Kliniken zu tun hat. Der Bundesgesetzgeber kann nicht bei steigenden Kosten die Einnahmen der Häuser limitieren. Andererseits gehört zur ganzen Wahrheit auch, dass die meisten defizitären Häuser sehr klein sind, was von den Münchner Kliniken wahrlich nicht behauptet werden kann. Wir müssen also beides tun: Eine finanzielle Besserstellung aller Kliniken fordern und daneben erkennen, dass schmerzhafte Eingriffe nötig sind, um wieder wirtschaftlich zu werden, was bei Großstadtkliniken durchaus möglich ist.

V. Sozial gerechte Lastenverteilung

In der Finanzpolitik interessiert nicht nur, wie viele Mittel von der öffentlichen Hand eingenommen und ausgegeben werden, sondern auch, ob es dabei sozial gerecht zugeht, ob starke Schultern in Anspruch genommen oder Lasten auf die Bezieher kleiner oder mittlerer Einkommen abgewälzt

werden. Deshalb muss hier bei einer Bilanz von 20 Jahren Münchner Finanzpolitik auf das Reformwerk der „Sozial gerechten Bodennutzung" eingegangen werden, das wir sofort zu Beginn meiner Amtszeit in Angriff genommen haben und bereits 1994 einführen konnten. Seitdem werden Grundeigentümer an der Finanzierung der Infrastruktur beteiligt, wenn sie von neu geschaffenem Baurecht profitieren, das diese Infrastruktur erforderlich macht. Durch dieses Reformwerk, das anfangs noch als sozialistisches Teufelszeug gebrandmarkt wurde, wurden der Stadt bisher Lasten von rund 500 Millionen Euro abgenommen, was u.a. dem Bau von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zugute kam. In diesen Einrichtungen wurden rund 10.000 Plätze geschaffen. Aber noch bedeutender ist, dass ohne die finanzielle Heranziehung der begünstigten Grundstückseigentümer die Stadt München in Zeiten der Finanznot gar nicht in der Lage gewesen wäre, neues Baurecht und die dafür erforderliche Infrastruktur zu schaffen. Um es deutlich zu sagen: Ohne die Sozial gerechte Bodennutzung wären wir sowohl bei der Kinderbetreuung wie auch im Wohnungsbau nicht so weit, wie wir mit der halben SoBoN-Milliarde seit 1994 gekommen sind. Wenn dies sozialistisch ist, muss Sozialismus eine recht vernünftige Angelegenheit sein.

VI. Perspektiven für die Kulturstadt

Dank unserer Investitionstätigkeit wird die kulturelle Landschaft Münchens im kommenden Jahr um eine neu geschaffene Einrichtung und eine grundlegend sanierte Institution reicher. Sie könnten nicht unterschiedlicher sein, denn die erste setzt sich mit der Verantwortung auseinander, die uns aus den finstersten Kapiteln der Stadtgeschichte erwachsen ist, die zweite dient der leichten Muse.

2014 können wir gemeinsam mit dem Bund und dem Freistaat, die sich dankenswerter Weise zu gleichen Teilen an den Investitionskosten beteiligt haben, das NS-Dokumentationszentrum in der Nähe des Königsplatzes, am Ort des früheren Braunen Hauses der NSDAP eröffnen. Dies ist reichlich spät, wenn wir das Alter der bürgerschaftlichen Forderungen nach solch einer Einrichtung bedenken. Ich stehe aber zu der grundsätzlichen Entscheidung, dass die Schaffung eines Jüdischen Zentrums am St.-Jakobs-Platz mit Synagoge, Gemeindeverwaltung, Kindergarten und Schule sowie nebenan einem Jüdischen Museum der Stadt noch dringlicher war, damit die Holocaust-Überlebenden diesen Triumph der Opfer über die Täter noch erleben können. Zu den Ersteinrichtungskosten des Doku-Zentrums in Höhe von 28,2 Millionen Euro hat die Stadt ein Drittel beigetragen, die Betriebskosten wird sie für alle Zukunft allein zu tragen haben. Dieses Engagement zeigt, wie wichtig wir die Erinnerungskultur

und die kritische Auseinandersetzung mit der Stadtgeschichte und all ihren Ursachen nehmen.
Bereits im Januar werden wir das grundlegend sanierte Deutsche Theater wieder an seinem angestammten Platz in Betrieb nehmen können. Die Kostenbelastung durch die Generalinstandsetzung ist mit 94 Millionen Euro schon gewaltig ausgefallen, aber erfreulicher Weise doch niedriger als die Prognose von 2003, die 138 Millionen Euro in Aussicht gestellt hat.
Insgesamt stellen sich die vergangenen zwei Jahrzehnte als ein Zeitraum dar, in dem neue Räume für die Kultur geschaffen wurden – nicht nur im Herzen der Stadt, sondern auch in allen Quartieren, die mit ihrer Einwohnerzahl schon selber eine Großstadt sein könnten, in der Vergangenheit kulturell aber völlig vernachlässigt waren.
Ich erinnere an

- das Literaturhaus am Salvatorplatz,
- an die sanierte und erweiterte Villa Stuck,
- an das Verkehrsmuseum des Deutschen Museums, das wir gemeinsam mit dem Freistaat auf dem alten Messegelände ermöglicht haben,
- an die Sanierung und das neue Probengebäude der Kammerspiele sowie
- an die Schauburg fürs Theater der Jugend in Schwabing,
- an die Kunst-Arkaden des Kulturreferates,
- an die Erweiterung der Otto-Falckenberg-Schule,
- an das Jüdische Museum auf dem St.-Jakobsplatz,
- an die Muffathalle mit dem Ampere,
- an die Sanierung des Stadtmuseums,
- an die Erweiterung und Generalsanierung des Lenbachhauses, die seit der Wiedereröffnung in diesem Sommer ein besonderer Publikumsmagnet ist.

Außerdem an

- die neuen Kulturzentren
  für Neuhausen (Trafo)
  in Freimann (Mohr-Villa)
  in Moosach (Pelkoven-Schlössl
  in Giesing (Bahnhof)
  in Riem (Kulturetage in der Messestadt)
  in Trudering (Bürgerzentrum Trudering)
  in Milbertshofen (Kulturhaus Milbertshofen)
  in Hadern (Haderner Kulturstern) sowie
  im Hasenbergl (2411).

Wie ernst der Stadtrat die Arbeit in den Stadtvierteln, die Bibliotheken und die Freie Szene nimmt, zeigt der Beschluss der vergangenen Woche, hier noch einmal 2,5 Millionen Euro draufzulegen, so dass bei den laufenden Kosten die Grenze von 175 Millionen Euro überschritten wird.

VII. Armuts- und Reichtumswanderung

Wenn wir in der Stadt auf wachsende Probleme stoßen, glauben wir schnell, dass die Ursache im Rathaus liegt. Wer sollte sonst verantwortlich sein? Repräsentanten europäischer Kommissionen, internationaler Konzerne oder nationaler Parlamente kennen wir ja kaum. Also muss es am Bürgermeister liegen ...

Zum Beispiel die Zuwanderung. Viele Kommunen in Deutschland, ja ganze Regionen träumen zwar davon, dass ihnen in Zeiten des demographischen Wandels mit ständigem Bevölkerungsschwund endlich wieder ein Zuzug vergönnt sein möge, aber in München haben wir das Gefühl, dass wir langsam des Guten zu viel abbekommen: Zuzug vom Land in die Stadt, Zuzug aus anderen Bundesländern, Zuzug aus anderen Ländern Europas, Flüchtlinge aus verschiedensten Teilen der Welt, Fachkräfte aus aller Herren Länder. Jeder, der hier leben will, braucht ein Dach über dem Kopf. Also steigende Wohnungsnachfrage. Das treibt die Mieten in die Höhe. Also haben wir alle den Schaden. Und je mehr arme Menschen zuziehen, desto größer und sichtbarer wird die Armut.

Die Vorstellung allerdings, die Stadt könne solchen Zuzug bremsen, ist reichlich naiv. Schließlich gibt es nicht nur in ganz Deutschland, sondern in der gesamten Europäischen Union die Freizügigkeit. Das bedeutet: Jeder kann dort hinziehen, wo er will.

Letztes Jahr habe ich mir vorlegen lassen, aus welchen Ländern die Menschen kamen, die im Jahr 2012 zugezogen sind. Bei den zehn bedeutendsten Herkunftsländern ragen zwei Gruppen heraus: Die vier Beitrittsländer im Osten, Rumänien, Polen, Bulgarien und Ungarn sowie die drei überschuldeten südlichen Länder Griechenland, Italien und Spanien. Deutschland nimmt nur einen dritten Platz ein, außerdem gehören noch die Russische Föderation und China zu den „Top Ten".

Bei den Zuwanderern aus den europäischen Ländern sind viele hochqualifizierte Fachkräfte dabei, außerdem heiß begehrte Erzieherinnen und Pflegekräfte. Ein großer Teil aber ist wenig qualifiziert und arm. Das ist eine der Ursachen, warum wir es mit wachsender Armut in der Stadt zu tun haben – und mit wachsender Wohnungsnot von Angehörigen unterer Einkommensgruppen. Das ist eine Folge europäischer Entwicklungen, nicht kommunaler Entscheidungen.

Aber nicht nur die Armut, auch der Reichtum ist unterwegs: Einmal in Gestalt von Spitzenverdienern, die mit höchsten Einkommen nach München gelockt werden, dann aber auch in Gestalt von Milliarden-Vermögen, deren Eigentümer keine Finanzabenteuer mehr mit „Finanzprodukten" eingehen wollen, sondern lieber ins „Beton-Gold" flüchten, also in Wertanlagen auf dem Immobilienmarkt. Beides treibt die Immobilienpreise und damit auch die Mieten in die Höhe. So heftig, dass sich Durchschnittsverdiener oder gar untere Einkommensgruppen weder den Kauf, noch die Miete mehr leisten können.
Reichlich naiv ist die Vorstellung, wachsende Armut in der Stadt deute immer auf sozialpolitisches Versagen der Stadt hin. Meist ist es ja umgekehrt, dass gerade gute Wirtschaftslage und hohe Sozialstandards den Zuzug armer Menschen auslösen. Und es ist auch nicht so, dass die Stadt reiche Leute fernhalten könnte, wenn sie den Wohnungsneubau drosseln würde; dies würde nur den Nachfragedruck und die Vertreibungseffekte im Altbaubestand steigern. Wer Mietpreise dämpfen will, muss schon für Mieterschutz und Wohnungsbau sorgen – und wer sie dauerhaft unter Kontrolle halten will, muss öffentliche Wohnungsbestände aufstocken oder Belegungsrechte kaufen oder bei Grundstücksverkäufen Preisnachlässe gewähren, er braucht also immer einen finanziellen Einsatz der Stadt und muss deshalb für deren Finanzkraft kämpfen.
Die zunehmend als bedrohlich empfundene Spaltung der Stadtgesellschaft in preistreibenden Reichtum und ohnmächtige Armut ist die Folge von internationalen ökonomischen Prozessen und nicht etwa von kommunalen Entscheidungen. Die marktradikalen Zeiten seit Maggie Thatcher und Ronald Reagan haben dazu geführt, dass einerseits die Wirtschaft boomte, aber andererseits sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr öffnete, die Kluft zwischen Armut und Reichtum immer größer wurde. Natürlich wird das dann auch auf allen Märkten und in allen Städten sichtbar – aber die Stadt ist nicht Verursacher der Entwicklung, sondern selber Opfer ihrer Auswirkungen."

Glückwünsche für Ulrike Mascher zum 75. Geburtstag

(23.10.2013) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Ulrike Mascher zum bevorstehenden 75. Geburtstag: „Es ist mir eine besondere Freude, Dir zum Geburtstag ganz herzlich zu gratulieren. Es ist Dir nicht anzusehen, dass Du in diesem Jahr 75 Jahre alt wirst. Zudem bist Du immer noch so aktiv und engagiert, wie während Deines ganzen Lebens.
Dein großes Engagement zeichnet Dich bereits seit der Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzende bei der Bayerischen Versicherungskammer aus. In den Jahren als Stadträtin im Münchner Rathaus hast Du in einer Zeit gro-

ßer sozialpolitischer Umbrüche Politik gemacht. Dein Einsatz für den Arbeitsmarkt, zum Beispiel für die heute noch bestehenden Arbeitsfördermaßnahmen und für die kommunale Förderung von Selbsthilfe – gegen erbitterte Widerstände – sind unvergessen.
Dass Du drei Mal in München ein Direktmandat für den Deutschen Bundestag erreicht hast, war ein ganz großer Erfolg! Die zwölf Jahre als Mitglied des Deutschen Bundestags waren geprägt von den Arbeitsschwerpunkten Sozial-, Renten- und Frauenpolitik. Aufgrund Deiner vielseitigen beruflichen und politischen Erfahrungen warst Du prädestiniert sowohl für die Leitung des Sozialausschusses im Bundestag als auch für die Aufgabe als Staatssekretärin im Arbeitsministerium. Die Landeshauptstadt München ist stolz darauf, dass mit einer Politikerin aus ihrer Mitte, noch dazu einer echten Münchnerin, ein solch bundesweiter Einfluss möglich war.
Auch Deine jetzige Tätigkeit beim Sozialverband VdK ist sehr erfolgreich. Als Du 2008 zur Präsidentin des VdK Deutschland gewählt wurdest, warst Du die erste Frau an der Spitze eines der größten Verbände der Bundesrepublik. Als dessen Repräsentantin hast Du Dich unermüdlich für soziale Gerechtigkeit und für schwache und benachteiligte Menschen eingesetzt. Du prangerst soziale Missstände und bedenkliche Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt an, warnst vor der größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich und plädierst für Integration. Für dieses hohe Engagement vielen herzlichen Dank.
Dein großes Wissen und Deine hohe Kompetenz wird bundesweit sehr geschätzt. Du bist eine gefragte und beliebte Expertin in Fragen Renten und Altersarmut.
Alle, auch schwierige Aufgaben, hast Du pragmatisch gemeistert und bist dabei stets menschlich geblieben.
Zu Deinem 75. Geburtstag wünsche ich Dir persönlich und im Namen der Landeshauptstadt München alles Gute, Gesundheit und die Kraft, noch recht lange Deine Aufgabe beim VdK weiterführen zu können.
Gleichzeitig wünsche ich Dir auch Zeit zum Entspannen, fürs Lesen, für Kino- und Ausstellungsbesuche und für Radfahrten."

OB Ude gratuliert Dr. Jürgen Klaus Nehls zum 75. Geburtstag
(23.10.2013) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Dr. h.c. Jürgen Klaus Nehls zum bevorstehenden 75. Geburtstag: „Lassen Sie mich diesen Anlass nutzen, Ihnen für Ihr vielfältiges und unermüdliches Wirken meine Anerkennung auszusprechen. Beruflich haben Sie sich vor zehn Jahren in den wohlverdienten Ruhestand begeben, nachdem Sie viele Jahre als Geschäftsführer für Giesecke & Devrient verantwortlich waren. In

dieser Zeit haben Sie das Familienunternehmen auf den internationalen Markt hin ausgerichtet und zu einem Hightechunternehmen ausgebaut. Ihr Fachwissen und Ihre Erfahrungen lassen Sie im Rahmen zahlreicher ehrenamtlicher Aktivitäten der Wirtschaft, der Kultur und dem Sport zu Gute kommen. Im Präsidium des Wirtschaftsbeirats Bayern setzen Sie sich aktiv für die Belange von Unternehmen ein. Aber auch als Vorstand der Münchner Symphoniker und bis vor kurzem als Aufsichtsrat der Stiftung Deutsche Sporthilfe engagieren Sie sich voller Tatendrang. Gewürdigt wurden Ihre Leistungen mit zahlreichen Auszeichnungen und Ehrentiteln, unter anderem mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland, dem Bayerischen Verdienstorden und der Medaille München leuchtet in Gold.
Ich wünsche Ihnen für die Zukunft noch viele Jahre bei bester Gesundheit und hoffe, dass Sie ihr vielfältiges Engagement mit ungebrochener Schaffenskraft fortsetzen können."

Erhaltungssatzungen beschlossen und erweitert

(23.10.2013) Die Vollversammlung des Stadtrats hat heute die Erhaltungssatzungen „Dreimühlenstraße/Baldeplatz", „Alte Heide" und „Am Harras/Passauerstraße" beschlossen und die bestehende Erhaltungssatzung „Dreimühlenstraße" um den Bereich „Baldeplatz" erweitert. Die Satzung „Alte Heide" wurde in ihrem bisherigen Umgriff erneut bestätigt.
Die Landeshauptstadt München erlässt seit mehr als einem Vierteljahrhundert so genannte Milieuschutzsatzungen nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB. In diesen Gebieten werden bestimmte bauliche Vorhaben einem zusätzlichen Genehmigungsvorbehalt unterzogen. Die Erhaltungssatzungen sind zeitlich befristet und werden regelmäßig vor Ablauf erneut in Hinblick auf einen möglichen Neuerlass überprüft. Zudem werden vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung auch Gebiete untersucht, die derzeit nicht unter dem Schutz einer Erhaltungssatzung stehen.
Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung hatte am 16. Oktober die Erhaltungssatzungen „Dreimühlenstraße/Baldeplatz", „Alte Heide" und „Am Harras/Passauerstraße" beschlossen. Die bereits bestehende Erhaltungssatzung „Dreimühlenstraße" wurde um den Bereich „Baldeplatz" erweitert. Die Satzung „Alte Heide" wurde in ihrem bisherigen Umgriff erneut bestätigt. Bei der Satzung „Am Harras/Passauerstraße" handelt es sich um eine neue Satzung. Bislang hatte es für diesen Bereich keine Erhaltungssatzung gegeben.
In der heutigen Vollversammlung wurden die drei Beschlüsse nunmehr bestätigt. Nach der Veröffentlichung im Amtsblatt, die demnächst erfolgen wird, treten die neuen Erhaltungssatzungen für die Laufzeit von fünf Jahre in Kraft.

Verbesserung der Verkehrssicherheit im Ortskern Feldmoching

(23.10.2013) Die Herbergstraße zwischen Feldmochinger Straße und Herbert-Kadner-Straße und die Lerchenstraße zwischen Herbergstraße und Josef-Frankl-Straße im Stadtbezirk Feldmoching – Hasenbergl werden umgebaut. Der Bauausschuss des Münchner Stadtrates erteilte in seiner Sitzung am 15. Oktober dem Baureferat die Projektgenehmigung. Wesentliches Ziel ist, die mehr als 50 Jahre alten Fahrbahnen grundhaft zu erneuern bzw. erstmalig herzustellen und damit die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

In den jeweiligen Straßenabschnitten werden die Fahrbahnen auf eine Breite zwischen fünfeinhalb und sechs Meter angelegt. Dadurch können auf beiden Straßenseiten breitere Gehwege entstehen, die den Anforderungen an einen sicheren Schulweg entsprechen. Soweit genügend Platz vorhanden ist, werden Längsparkplätze eingerichtet. Insgesamt werden 22 Bäume neu gepflanzt. Zudem werden die Kreuzungsbereiche Herbergstraße/Lerchenauer Straße/Lerchenstraße und Herbergstraße/Frankaustraße/Hochmuttinger Straße neu geordnet und übersichtlicher gestaltet.

Die Entwurfsplanung des Baureferates basiert auf einer Bürgerbefragung und ist mit dem örtlichen Bezirksausschuss und den beitragspflichtigen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern abgestimmt.

Nach Ausführungsplanung und Ausschreibung sind vorbereitende Maßnahmen ab Herbst 2014 geplant. Die Straßenbauarbeiten sollen dann im Frühjahr 2015 beginnen. Die Projektkosten der gesamten Maßnahme betragen zwei Millionen Euro.

MVHS lädt zum Aktionstag „Einstein 28 kommt“

(23.10.2013) Die Münchner Volkshochschule erhält neben dem Gasteig ein neues Gesicht im Zentrum der Stadt. Das historische Gebäudeensemble in der Einsteinstraße 28 am Max-Weber-Platz, mit insgesamt 70 Lernräumen, wird von den Stadtwerken München umgebaut, erweitert und modernisiert und voraussichtlich im Herbst/Winter 2016 eröffnet.

„Das neue Bildungszentrum ermöglicht konzentriertes und kreatives Lernen für alle Generationen. Wir freuen uns darauf, dass nahezu alle Bereiche aus dem Programm der Volkshochschule – Gesundheitsbildung, Fremdsprachen, allgemeine und berufliche Bildung sowie unsere Projekte und Lehrgänge zur zweiten Chance – hier vertreten werden können. Einstein 28 bietet darüber hinaus eine zentrale Anmeldung, Information und Beratung sowie ein Kinderhaus. Und da man vom Lernen auch Hunger bekommt, wird es ein Bistro geben“, so die Geschäftsführung der Münchner Volkshochschule, Dr. Susanne May und Professor Klaus Meisel.

Mit dem Aktionstag am Samstag, 26. Oktober, in der Einsteinstraße 28, Erdgeschoss, Haupteingang, lädt die MVHS schon jetzt alle Haidhauser Nachbarn, interessierte Teilnehmer und Dozenten ein, das Gebäude zu besuchen und die Architekturpläne für „Einstein 28" einzusehen. Nach der Begrüßung um 11 Uhr durch die Geschäftsführung der Münchner Volkshochschule, eröffnet der Verein der Förderer und Freunde der MVHS die Spendenaktion „Ein Stein für's Einstein". Mit dem Erwerb eines oder mehrerer Steine können Teilnehmer, Freunde und Unterstützer der MVHS bei der Ausstattung des Bildungszentrums mit Mobiliar und Medientechnik mithelfen. Als „Dankeschön" erhalten die Spender einen Miniatur-Ziegelstein.
Im Anschluss an die Eröffnung präsentieren die Raupach-Architekten die Pläne des neuen Bildungszentrums „Einstein 28".
Von 12 bis 17 Uhr lädt ein vielfältiges Programm zum Schauen, Zuhören und Mitmachen ein:

- „Improvising English" mit Carolyn Morrow vermittelt spielerisch englische Sprachübungen.
- Bei „Fazemos coquetel" gibt Vilma Da Cunha Fürstenberg einen Schnelleinstieg in die portugiesische Sprache.
- „Zumba" hat sich an der MVHS zum beliebtesten Fitnessangebot entwickelt: Der Südamerikaner Santiago Velasquez weckt die Lust an Tanz, Fitness und Bewegung.
- Jun-Ho Song präsentiert mit seinen Kursteilnehmern die traditionelle Kunst der waffenlosen Selbstverteidigung „Taekwondo". Außerdem zeigen Hyan-Kyu Song und ihre Kursteilnehmer die fließenden und meditativen Bewegungen des „Taijiquan".
- Dr. Erich Sepp verrät, worin der wahre Reiz des „Jodelns" liegt und wie leicht dieses kraftvolle Singen zu erlernen ist.
- Während des „Science Slams" zu Albert Einstein dreht sich alles um schwarze Löcher und was es sonst noch im Universum gibt. Drei Dozenten der MVHS treten als Redner zum Wettstreit an. Der Jüngste, Lukas Nickel, ist gerade mal 23 Jahre und absolvierte seinen Bachelor über Einsteins Relativitätstheorie. Das Publikum entscheidet mit Applaus über den Gewinner.
- Eine ungewöhnliche „Revolution mit Brezn, Charme und Sangeslust" verspricht das Konzert von Andrea Pancur & Sandra Hollstein mit Gesang, Gitarre und Akkordeon.
- Bei der Fotoaktion „Ein Stein für´s Einstein" können sich die Besucherinnen und Besucher von dem bekannten Münchner Fotografen Alescha Birkenholz kostenlos fotografieren lassen.

Informationen rund um das aktuelle Herbst/Winter-Programm der Münchner Volkshochschule und eine Anmeldemöglichkeit direkt vor Ort ergänzen den Aktionstag.
Für das leibliche Wohl sorgen Kaffee und eine leckere Kuchenauswahl.
Veranstalter ist MVHS in Kooperation mit dem Verein der Förderer und Freunde der MVHS. Der Eintritt ist frei. Nähere Informationen unter Telefon 4 80 06-62 20 oder unter *www.mvhs.de.*
Kontakt: Susanne Lößl, Leitung Pressestelle Münchner Volkshochschule, Telefon 4 90 06-61 88, susanne.loessl@mvhs.de

Die Sommerzeit endet: Öffentliche Uhren werden umgestellt
(23.10.2013) Mit Ende der Sommerzeit in der Nacht von Samstag auf Sonntag, 27. Oktober, werden alle öffentlichen Uhren im Stadtgebiet München um eine Stunde von 3 Uhr auf 2 Uhr zurückgestellt; dies geschieht mittels eines Funksignals der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt.
Da der Empfang des Funksignals vereinzelt gestört sein kann, kontrollieren Mitarbeiter des Baureferates, ob sich alle Uhren automatisch umgestellt haben.
Das Baureferat betreut stadtweit insgesamt 181 öffentliche Uhren, darunter 119 Kirchturmuhren, drei Turmuhren, 15 Stadtuhren, 39 Schuluhren sowie drei Uhren an Altenheimen und zwei Uhren an Stadtgütern. Die ältesten urkundlich erwähnten Uhren in München befinden sich am Alten Peter.
Die Stadt trägt die Kosten für Unterhalt der bestehenden und neu gewidmeten öffentlichen Uhren und trägt damit auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses zur städtischen Kulturpflege bei. Die öffentlichen Uhren zeigen verlässlich die Zeit an und sind damit fester Bestandteil des täglichen Lebens.

Stadt sucht Tagesmütter und Tagesväter –
Infonachmittag in der Stadtbibliothek Laim
(23.10.2013) Münchner Kinder brauchen Betreuungsplätze. Deshalb sucht die Stadt München engagierte Personen, die Freude am Zusammensein mit Kindern haben und sich für die selbstständige Tätigkeit als Tagesmutter oder Tagesvater interessieren. Wer bei sich zu Hause professionell selbst eines bis maximal fünf Kinder betreuen möchte, hat als Tagesmutter oder Tagesvater die Möglichkeit dazu und kann dabei sogar seine Arbeitszeiten flexibel gestalten. Mitarbeiterinnen der Kindertagespflege des Stadtjugendamtes informieren am 28. Oktober von 15 bis 17.30 Uhr in der Stadtbibliothek Laim, Fürstenriederstraße 53, über Qualifizierung und Tätigkeit von Tagesbetreuungspersonen.

2. Quartalsheft der „Münchner Statistik“ erschienen

(23.10.2013) Soeben ist das 2. Quartalsheft, des Jahrgangs 2013 der Schriftenreihe „Münchner Statistik“ mit folgendem Inhalt erschienen:

- Das 179. Münchner Oktoberfest (22. September bis 7. Oktober 2012)
- Die Altersverteilung im Großstadtvergleich: Pilz und Tannenbaum
- Jede(r) Zehnte ist behindert – Menschen mit Behinderungen in München 2012
- Zensus 2011 – Erste demografische Ergebnisse für München und die Region

Zu beziehen ist das Heft gegen eine Schutzgebühr in Höhe von 5 Euro direkt beim Statistischen Amt München, Zimmer 105, Schwanthalterstraße 68, 80336 München, unter Telefon 2 33-8 27 00 oder Fax 2 33-8 27 57 sowie in der Stadt-Information im Rathaus.

Bezirksausschuss lädt zu „Maxvorstädter Vorlesungen“ ein

(23.10.2013) Der Bezirksausschuss Maxvorstadt lädt zusammen mit dem Institut für Deutsche Philologie und der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) zu folgenden drei „Maxvorstädter Vorlesungen“ ein:

- Mittwoch, 30. Oktober: Klaus Bäumler: „Maxvorstadt in München: Wohnquartier, ‚Kunst-Areal‘, MuseumsViertel oder KulturOrt*****?“
- Mittwoch, 27. November: Professor Dr. Waldemar Fromm (Institut für Deutsche Philologie): „Literarisches Leben in der Maxvorstadt. Treffpunkte und Kreise“. (Begleitausstellung „Die literarischen Geister der Maxvorstadt“ vom 6. November bis 13. Dezember)
- Mittwoch, 15. Januar: Professor Dr. Harry Oelke (Abteilung für Kirchengeschichte der Evangelisch-Theolischen Fakultät): „Maxvorstadt – protestantisch gesehen“. (Begleitausstellung „Maxvorstadt – protestantisch gesehen“ vom 16. Dezember 2013 bis 28. Februar 2014)

Die Vorlesungen finden jeweils von 18 bis 20 Uhr im Hauptgebäude der Ludwig-Maximilians-Universität, Hörsaal M 018, Geschwister-Scholl-Platz 1, statt. Der Eintritt ist frei.

Die Begleitausstellungen sind in der U-Bahn-Galerie im Sperrengeschoss des Ausganges Nordost des U-Bahnhofs Universität zu sehen.

„Afrikanische Filmtage“ im Gasteig

(23.10.2013) Im Rahmen des Programmschwerpunkts „Aufbruch in Afrika“ der Münchner Volkshochschule werden am Samstag, 26. Oktober, 18 Uhr, werden in der Münchner Volkshochschule (MVHS) im Gasteig, Rosenheimer Straße 5, Vortragssaal der Stadtbibliothek, die „Afrikanischen Filmtage“ mit dem Film „Otelo Burning“ eröffnet. Veranstalter sind

die Offene Akademie der MVHS in Zusammenarbeit mit Jokko Connection e.V. und mit Unterstützung der Münchner Stadtbibliothek und des Kulturreferats der Landeshauptstadt München.
Auf der Flucht vor dem tristen Alltag in den Townships von Durban entdeckt eine Gruppe von Jugendlichen das Wellenreiten für sich. Doch vor dem Hintergrund des sich anbahnenden Zusammenbruchs des Aparheidregimes und der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen ANC und Inthaka im Jahr 1989 ist es mehr als die Freiheit des Surfens, die den Protagonisten Otelo Botholezi bewegt. Es sind die Fragen nach politischer Freiheit und Gerechtigkeit in der bedeutenden Ära des Endes der südafrikanischen Apartheid, die den Jugendlichen umtreiben.
Regisseurin Sara Blecher lebt und arbeitet auch als Drehbuchautorin und Produzentin in Johannesburg. Für ihren Dokumentationsfilm Kobus and Dumile wurde sie 2003 mit dem African- Journalist-of-the-Year-Preis ausgezeichnet. Otelo Burning ist ihr erster Spielfilm.
Das neue afrikanische Kino lässt sich weder anhand einer einheitlichen Filmsprache noch über thematische oder ästhetische Gemeinsamkeiten definieren. Im Mittelpunkt stehen in diesem Jahr besonders Filme, die das zeitgenössische Afrika in seiner Diversität und Vielfalt als Teil einer globalen Moderne repräsentieren.
Detaillierte Informationen sowie Anfangszeiten zur kompletten Filmreihe gibt es im Flyer „Afrikanische Filmtage" oder unter *www.mvhs.de/Afrikanische_Filmtage.de.* Karten zu 7 Euro gibt es bei München Ticket, Telefon 54 81 81 81 oder unter *www.muenchenticket.de*. Informationen unter Telefon 4 80 06-62 20, siehe auch *www.mvhs.de/offene-akademie*.
Kontakt: Klaus Blanc, Fachgebiet Literatur und Film der Münchner Volkshochschule, Telefon 44 47 80-40, Klaus.Blanc@mvhs.de, und Susanne Lößl, Leitung Pressestelle der MVHS, Telefon 4 80 06-61 88, Susanne.Loessl@mvhs.de

Führung durch die Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN"
(23.10.2013) Christian Kopp vom Kuratorenteam freedom roads!, Berlin Postkolonial e.V. und HMJokinen/afrika-hamburg de, führt am Samstag, 26. Oktober, um 14 Uhr durch die Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN – freedom roads! | Spuren Blicke Stören | Georges Adéagbo" im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Die koloniale Vergangenheit ist nicht passé, sondern prägt das Alltagsleben, das Denken und den Blick auf die Welt bis heute. Die Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN" zeigt die Verschränkungen von Geschichte und Gegenwart und die Wechselbeziehungen von einem aktuellen „post"- und einem historischen „kolonial"-Verständnis und deren Verortungen im städtischen Raum wie Straßennamen,

historische Orte oder aktuelle Migrationspolitiken. Bei der Führung geht es um das Erklären und Sichtbarmachen von kolonialen Verhältnissen, Personen und Strukturen. Vor diesem Hintergrund werden am Beispiel der Stadt München Blicke auf die alltäglichen und institutionellen Verstrickungen und Beteiligungen am kolonialen Geschehen geworfen und zugleich globale politische Kontexte diskutiert. Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 7 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 23. Oktober 2013

Tram 19 – Lärm an der Umkehrschleife St.-Veit-Straße
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Robert Brannekämper, Eva Maria Caim und Marian Offman (CSU) vom 19.8.2013

Was wird aus dem Kartenvorverkauf am Marienplatz?
Vertreibt die Stadt erneut ein mittelständisches Unternehmen?
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU) vom 11.9.2013

Kesseltreiben gegen eine Münchner Gastwirtin
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 27.9.2013

Die Stadt entschuldigt sich
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 30.9.2013

Bildungs- und Teilhabepaket in München – Kosten, Zahlen, Erfolge
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 1.7.2013

Immer wieder Gleissperrungen und Behinderungen wegen unbefugten Betretens von Gleisanlagen – sind „Rumänen“ schuld?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 13.8.2013

Tram 19 – Lärm an der Umkehrschleife St.-Veit-Straße
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Robert Brannekämper, Eva Maria Caim und Marian Offman (CSU) vom 19.8.2013

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 19.08.2013 führen Sie als Begründung aus:

„Derzeit finden umfangreiche Sanierungsarbeiten entlang der Tramstrecke 19 statt. In der Pressemitteilung der MVG nicht erwähnt ist die Umkehrschleife an der St.-Veit-Straße. Dort gibt es jedoch seit Jahren Beschwerden der Anlieger über den Lärm der wendenden Trambahnen im Bereich der Kreuzungsweiche."

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachricht vom 12.09.2013 gewährte Terminverlängerung.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH/Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (SWM/MVG) fallen. Ihre Fragen können hiernach wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Welche Lärmsanierungsmaßnahmen werden im Zuge der Sanierungsarbeiten entlang der Strecke vorgenommen?

Antwort der SWM/MVG:
Im gesamten Umbaubereich werden durch Schienenummantelungen und einen speziellen Schienenunterguss der Körperschall unterdrückt und somit Beeinträchtigungen für die Anwohner stark minimiert. Zusätzlich wird im Bereich des Gleisabzweigs Milch-/Wörthstraße ein zusätzlich unterstützendes Masse-/Feder-System eingebaut.

Frage 2:
Werden an der Wendeschleife an der St.-Veit-Straße Lärmsanierungsmaßnahmen vorgenommen, um den Beschwerden der Anlieger über Lärm Rechnung zu tragen?

Antwort der SWM/MVG:
Um den Luftschall im Kurvenbereich so gering wie möglich zu halten, sind im Bereich der Wendeschleife bereits Schmierapparate installiert, die eine

definierte Menge an Schmiermittel an die Schienenflanke sprühen. Damit wird die durch den Kontakt Rad/Schiene hervorgerufene Geräuschentwicklung minimiert.

Frage 3:
Wenn dies bisher noch nicht geplant ist, kann dies noch aufgenommen werden?

Antwort der SWM/MVG:
Hierzu darf auf die Ausführungen der SWM/MVG zu Frage 2 verwiesen werden.

Frage 4:
Ist geplant, die kreuzförmige Umkehrschleife mit der lärmintensiven Kreuzungsweiche künftig zu ändern?

Antwort der SWM/MVG:
Die Wendeschleife St.-Veit-Straße mit dem integrierten Busbereich wurde im Jahr 2005 neu errichtet und stellt für den ÖPNV-Nutzer eine optimale Umsteigesituation zwischen Trambahn und Bus dar. Dies ist nur durch eine Kreuzung im Einfahrbereich zu realisieren.

Frage 5:
Werden Lärmschutzunterbaumatten zur Erzielung eines besseren Lärmschutzstandards seitens der MVG vorgesehen?

Antwort der SWM/MVG:
Hierzu darf auf die Ausführungen der SWM/MVG zu Frage 1 verwiesen werden.
Im Bereich der Berg-am-Laim-Straße wurde darüber hinaus das Schottergleis durch ein lärmminimierendes Rasengleis ersetzt.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit beantwortet werden konnten.

Was wird aus dem Kartenvorverkauf am Marienplatz?
Vertreibt die Stadt erneut ein mittelständisches Unternehmen?
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU) vom 11.9.2013

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 11.09.2013 führen Sie als Begründung aus:

„Die beiden Kartenvorverkaufsstellen im Untergeschoss des Marienplatzes gibt es seit Jahrzehnten. Sie erfreuen sich großer Beliebtheit bei den Kundinnen und Kunden, was die langen Schlangen beweisen. Das liegt neben der zentralen Lage auch an dem umfangreichen Angebot. Nun sind die Kioske zum 31.12.2013 gekündigt. Sie müssen den anstehenden Umbauarbeiten im Untergeschoss weichen. Um auch im neuen Untergeschoss vertreten zu sein, müssen sie sich, wie alle anderen Kioske auch, neu bewerben.
Dies wäre grundsätzlich kein Problem für den Betreiber. Allerdings ist es wohl so, dass München Ticket bereits eine feste Zusage hat, künftig den Vorverkauf am Marienplatz zu übernehmen, obwohl das Angebot von München Ticket nicht so umfangreich ist. Damit wäre eine Bewerbung des bisherigen Betreibers eine reine Farce und chancenlos. Ein langjähriges, mittelständisches und erfolgreiches Münchner Unternehmen, das Arbeitsplätze schafft, sich großer Beliebtheit erfreut, zuverlässig und bewährt ist, würde durch dieses Vorgehen vertrieben. Bemühungen des Betreibers um einen Termin beim zuständigen MVG-Chef zur
Klärung blieben erfolglos.“

Anhand von Stellungnahmen der Stadtwerke München GmbH (SWM) und der München Ticket GmbH können Ihre Fragen wie folgt beantwortet werden:

Vorbemerkung der SWM:
Das Zwischengeschoss im U-Bahnhof Marienplatz erhält gemäß dem durchgeführten Architektenwettbewerb ein völlig neues Gesicht: Kennzeichen des künftigen Erscheinungsbilds ist eine betont offene und transparente Gestaltung der gesamten Ebene. Zu diesem Zweck erhält das Zwischengeschoss einen klaren Grundriss mit einem zentralen Bereich rund um die U-Bahn-Zugänge, der ohne die heutigen Einbauten (z.B. Kioske) auskommt. Damit wird auch die Übersichtlichkeit und das Sicherheitsempfinden für die Fahrgäste und Nutzer des Zwischengeschosses erhöht. Die Ladenflächen werden künftig in den Seitenbereichen lokalisiert sein, einen

anderen Zuschnitt haben als heute und auch eine neue, freundlichere Optik (Glasfassaden) erhalten. Die SWM streben dabei einen zeitgemäßen, hochwertigen Branchenmix an. Bisherige Mieter, die weiter am Marienplatz vertreten sein möchten, können sich auf die neuen Verkaufsflächen neu bewerben.
Am U-/S-Bahnhof Marienplatz wird es künftig mehr Verkaufsflächen geben als heute. Das Angebot wird somit nicht nur breiter und attraktiver, sondern die SWM erzielen dadurch auch zusätzliche Deckungsbeiträge für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur einschließlich der Modernisierungsmaßnahmen.

Frage 1:
Trifft es zu, dass sich der bisherige Betreiber der Kioske nach langjähriger Zusammenarbeit um einen Standplatz im renovierten Marienplatz-Untergeschoss bewerben muss?

Antwort der SWM:
Ja. Der Zentrale Kartenvorverkauf (ZKV) hatte bisher ein Mietverhältnis mit der DB, nicht mit den SWM. Grund ist, dass seine Flächen beim Bau des U-/S-Bahnhofs Marienplatz eigentlich zur Fahrkartenkontrolle für die S-Bahn vorgesehen waren, von der DB aber dann vermietet wurden. Sie waren dementsprechend schon in der ursprünglichen Konzeption nie als Ladenfläche vorgesehen.

Frage 2:
Trifft es zu, dass München-Ticket bereits eine Zusage hat, einen oder mehrere Kioske am Marienplatz zu übernehmen, ohne sich bewerben zu müssen?

Antwort der SWM:
Nein.

Frage 3:
Wenn ja: wie erklären die Stadtwerke bzw. die MVG die Tatsache, dass sich ein langjähriger Betreiber erneut bewerben muss, während München-Ticket ohne Bewerbung eine Zusage erhält?

Antwort der SWM:
Hierzu darf auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen werden.

Frage 4:
Wie umfangreich ist das derzeitige Vorverkaufs-Angebot? Welches Angebot wird München-Ticket bieten?

Antwort:
Der ZKV ist eine offizielle Vorverkaufsstelle für mehrere Anbieter, wie u.a. München Ticket, die Bayerische Staatsoper oder das Deutsche Theater.

München Ticket bietet alle im München Ticket-System angelegten Veranstaltungen an. Das sind durchschnittlich rund 5000 bis 6000 Veranstaltungen in München und der Region. München Ticket plant grundsätzlich auch künftig mit diesem Angebot.

Frage 5:
Warum wurde dem bisherigen Betreiber die Bitte um ein Gespräch verweigert?

Antwort:
Es haben von Seiten der SWM Gespräche mit dem Betreiber des ZKV stattgefunden. Der Betreiber wurde ferner auf die Möglichkeit zur Bewerbung für eine Mieteinheit im Sperrengeschoss des U-Bahnhofs Marienplatz hingewiesen.

Auch das RAW hat dem Betreiber des ZKV einen Gesprächstermin angeboten, der bisher jedoch nicht wahrgenommen wurde.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit beantwortet werden konnten.

Kesseltreiben gegen eine Münchner Gastwirtin
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 27.9.2013

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Einem Bericht der Lokalpresse zufolge hat der Bezirksausschuss 9 Neuhausen – Nymphenburginsbesondere die Vorsitzende Ingeborg Staudenmeyer (SPD) die Wirtin der Gaststätte ‚Fellstuben' in der Sedlmayrstraße ‚unter Druck gesetzt', dem Münchner Kreisverband der NPD künftig keine Tagungsräumlichkeiten mehr zur Verfügung zu stellen. Auch der BA-Unterausschuss Soziales will nicht mehr in den ‚Fellstuben' tagen. ‚Solange sich die NPD dort trifft, ist das unmöglich', wird BAChefin Staudenmeyer von der ‚AZ' zitiert. Ebenfalls Druck ausgeübt habe die Eisenbahner-Baugenossenschaft München-Hauptbahnhof, die die Räume verpachtet, und ein Konzertveranstalter habe mit Blick auf die NPD-Treffen, die Anwohnern im übrigen weder auffielen noch Belästigungen verursachten, ebenfalls einen Vertrag gekündigt (nach: http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.jeden-ersten-mittwochnpd-tagt-in-der-boazn.183bacd5-9729-4b7a-8df4-df1be86ebfb9.html). Die betroffene Gastwirtin, die die ‚Fellstuben' seit 29 Jahren betreibt, leidet infolge der Vorgänge unter gesundheitlichen Beschwerden. – Es stellen sich Fragen."

Ihre Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage 1:
Auf welcher Rechtsgrundlage kann die genannte BA-Politikerin eine Gastwirtin unter Druck setzen, um einer legalen, nicht verbotenen politischen Partei keine Tagungsräumlichkeiten mehr zur Verfügung zu stellen?

Frage 2:
Welche objektiven Gründe hindern den BA-Unterausschuss Soziales daran, in der fraglichen Gaststätte zu tagen, solange dort auch die NPD Versammlungen abhält?

Frage 3:
In welcher Form übte der BA bzw. die BA-Vorsitzende Druck auf die Gastwirtin aus?

Antwort:
Der Bezirksausschuss hat weder Druck auf die Wirtin ausgeübt, noch sich mit anderen Organisationen gemeinsam an einer „Drohkulisse“ beteiligt. Ebenso wie es die freie Entscheidung der Wirtin einer Gaststätte ist, wem sie ihre Tagungsräume zur Verfügung stellt, kann der Bezirksausschuss frei entscheiden, in welchen Räumlichkeiten er tagt. Die Verwendung des Terminus „unter Druck gesetzt“ ist angesichts der rechtmäßigen und freien Entscheidung des BA 9 und aufgrund der Tatsache, dass die Vorsitzende des BA 9 den Dialog mit der Wirtin gesucht hat, völlig fehl am Platz.

Die Stadt entschuldigt sich
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 30.9.2013

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Ihrem Antrag haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Der Stadtrat beschließt:
Die Landeshauptstadt München, vertreten durch den Oberbürgermeister oder einen seiner Stellvertreter, entschuldigt sich bei der Wirtin der Gaststätte ‚Fellstuben' in der Sedlmayrstraße in Neuhausen, Sylvia H. (Name bekannt), für die durch die Vorsitzende des Bezirksausschusses, Ingeborg Staudenmeyer (SPD), zu verantwortenden Pressionen wegen der Vermietung von Gaststätten-Räumlichkeiten an die Münchner NPD. Dabei läßt die Stadt auch eine Geste des guten Willens erkennen, um die gesundheitlichen Schädigungen, die Frau H. entstanden sind, wiedergutzumachen, und leistet eine Entschädigungszahlung."

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine Behandlung auf diesem Wege erfolgt.

Zu Ihrem Antrag teile ich Ihnen Folgendes mit:
Für eine Entschuldigung oder gar eine Entschädigungszahlung gibt es keinen Grund. Der Bezirksausschuss hat weder selbst Druck auf die Wirtin ausgeübt, noch sich mit anderen Organisationen gemeinsam an einer „Drohkulisse" beteiligt. Vielmehr hat die BA-Vorsitzende den Dialog mit der Wirtin gesucht. Ebenso wie es die freie Entscheidung der Wirtin war, wem sie Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, kann der Bezirksausschuss frei entscheiden, in welchen Räumlichkeiten er sein Treffen abhält. Es ist allerdings völlig inakzeptabel und im höchsten Maße zu missbilligen, dass sich die BA-Vorsitzende im Zusammenhang mit ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus massiven Anfeindungen und Drohungen durch Hassmails ausgesetzt sieht.

Bildungs- und Teilhabepaket in München – Kosten, Zahlen, Erfolge
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 1.7.2013

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 01.07.2013 führen Sie Folgendes aus:

„Seit 1. April 2011 gibt es die Leistungen für „Bildung und Teilhabe". Das sogenannte ‚Bildungspaket' soll allein in München rund 28.000 Kindern ‚mehr Zukunftschancen' bieten. Mehr als zwei Jahre nach Einführung des ‚Bildungspaketes' ist es naheliegend, eine Zwischenbilanz zu ziehen. – Es stellen sich Fragen."

Zu Ihrer Anfrage vom 01.07.2013 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
In welcher Höhe wurden in der LHM 2011, 2012 und 2013 (bis zu aktuellsten erreichbaren Stand) Mittel zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets bereitgestellt? (bitte pro Jahr auflisten!)

Antwort:
Der Bund stellte den Kommunen zunächst unabhängig von der Höhe der Leistungen für Bildung und Teilhabe eine höhere Beteiligung an den Kosten der Unterkunft im Bereich des Zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) für die Leistungen im Rahmen von Bildung und Teilhabe zur Verfügung. Dies entspricht derzeit pro Jahr einem Betrag in Höhe von ca. 12 Millionen Euro.

Frage 2:
Welche Mittel wurden 2011, 2012 und 2013 durch die LHM an Berechtigte ausgegeben? (Bitte pro Jahr auflisten!)

Antwort:
Im Jahr 2011 wurden 2,8 Millionen Euro und im Jahr 2012 4,17 Millionen Euro Nettoausgaben an den Bund gemeldet. Für das Jahr 2013 liegen noch keine entsprechenden Daten vor. Diese werden erst zum 31.03. des Folgejahres gemeldet.

Frage 3:
Wie setzte sich der Kreis der Berechtigten aus Empfängern von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Kinderzuschlag, Wohngeld oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in den Jahren 2011, 2012 und 2013 zusammen? (Bitte pro Jahr auflisten!)

Antwort:
Von den im Jahr 2012 ca. 25.000 Anspruchsberechtigten kommen ca. 21.000 aus dem Rechtskreis SGB II, ca. 180 aus dem SGB XII und die verbleibenden ca. 3.800 Berechtigten aus dem Bereich Wohngeld/ Kinderzuschlag (WoG/KiZ). Für das Jahr 2013 fanden noch keine Auswertungen statt.

Frage 4:
Wie hat sich die Anzahl der Berechtigten und der Inanspruchnahmen seit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets entwickelt? (Bitte pro Jahr auflisten!)

Antwort:
Im Jahr 2011 ging man von ca. 24.900 Anspruchsberechtigten für alle Rechtskreise (ausgenommen Asylbewerberleistungsgesetz) aus. Die Zahl der Anspruchsberechtigten stieg in den Folgejahren geringfügig auf aktuell ca. 25.100 an.
Aufgrund der verschiedenen Fachverfahren und Ausgabe von Kostenübernahmeerklärungen für z.B. Mittagessen, welche edv-technisch schwierig zu erfassen sind, können im Moment keine exakten Zahlen bzgl. der Inanspruchnahme geliefert werden. Die Inanspruchnahme hat sich nach der rückwirkenden Einführung in 2011 stetig gesteigert. Im SGB XII wird die Leistung inzwischen von ca. 89% der Berechtigen in Anspruch genommen, im SGB II und KiZ/WoG nehmen gut zwei Drittel die Leistungen in Anspruch.

Frage 5:
Wofür wurden die bereitgestellten Mittel genutzt – Schulausflüge, Klassenfahrten, Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung, Mittagessen, Vereinsbeiträge? (Bitte Aufstellung nach Jahren und Leistungen, in Prozent und absoluten Zahlen!)

Antwort:
Die Schulpauschale wurde am häufigsten nachgefragt bzw. ausbezahlt. Von den weiteren Leistungen werden Mittagsverpflegung und eintägige

Ausflüge bevorzugt in Anspruch genommen, gefolgt von den mehrtägigen Ausflügen und der Teilhabe. Die Leistungen für Lernförderung können aufgrund der verhältnismäßig restriktiven Anspruchsvoraussetzungen leider nur in geringerem Ausmaß ausgeschöpft werden. Aufgrund der Schulwegkostenfreiheit in Bayern gibt es bei der Leistung Schülerbeförderung nur wenige Fälle. Bzgl. der exakten Zahlen verweisen wir auf die Antwort zu Frage 4.

Frage 6:
Wie hat sich die Bearbeitungszeit in der Verwaltung entwickelt, wie viele Mitarbeiter sind zuständig, und mussten neue Mitarbeiter zur Bearbeitung herangezogen oder eingestellt werden?

Antwort:
Für die Bearbeitung des Bildungs- und Teilhabepakets wurden nach dessen Einführung insgesamt 21,5 Vollzeitäquivalente (17,5 VZÄ im Jobcenter und 4 VZÄ im SGB XII) in der Sachbearbeitung neu geschaffen. Für die fachliche Steuerung des Bildungs- und Teilhabepakets wurden zwei Vollzeitäquivalente eingestellt. Zudem wurde eine Vollzeitstelle im Referat für Bildung und Sport für die Abrechnung von Teilleistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket eingerichtet.

Frage 7:
Liegt die Zuständigkeit in der LHM zentral bei einer Stelle, oder sind verschiedene städtische Behörden eingebunden?

Antwort:
Wie bereits in der Antwort zu Frage 6 erläutert, liegt die Zuständigkeit für die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bei den SGB II- und SGB XII-Sachbearbeitungen in den jeweiligen Sozialbürgerhäusern. Für die Abwicklung der Abrechnungen für ein- und mehrtägige Ausflüge sowie die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Schulen und städtischen Kindertageseinrichtungen gibt es eine Kooperation mit dem Referat für Bildung und Sport. Die Grundsatzsteuerung obliegt dem Sozialreferat.

Frage 8:
Welche Anstrengungen hat die LHM unternommen, um die Verfahren zu vereinheitlichen, zu entbürokratisieren und um den Berechtigten schneller zu helfen?

Antwort:
Durch die Kooperation mit dem Referat für Bildung und Sport wurden bereits vor Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets vorhandene und erprobte Strukturen genutzt, um die Einführung dieser neuen Leistungen möglichst unbürokratisch und niederschwellig zu gestalten.

Frage 9:
Wie wird/wurde sichergestellt, dass im städtischen Haushalt verbleibende Mittel aus den Zuschüssen für das Bildungs- und Teilhabepaket auch tatsächlich für Aktivitäten im Sinne des Bildungs- und Teilhabepakets genutzt werden?

Antwort:
Grundsätzlich werden den Kommunen die Ausgaben für Bildung und Teilhabe über eine Erhöhung der Beteiligungsquote des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung im SGB II erstattet. Die Länder müssen die nicht für Bildung und Teilhabe verwendeten Mittel jedoch im Rahmen der Revision wieder zurückerstatten. Aktuell ist jedoch noch nicht abschließend geklärt, ob sich die Revision auch bereits auf das Jahr 2012 erstreckt oder die Ausgaben im Jahr 2012 nur die Grundlage für eine erstmalige Revision im Jahr 2013 bilden. Auch über die genauen Rückzahlungsmodalitäten wird derzeit noch auf Bund-Länder-Ebene verhandelt.

Frage 10:
Wurden Ideen der Vereine und Leistungsanbieter aufgegriffen, die Verfahren zu vereinfachen, wie in anderen Städten/Landkreisen geschehen, beispielsweise durch den einfachen Nachweis des Erhalts von Transferleistungen, um in einem Verein Mitglied werden zu können, oder durch sogenannte „Bildungs-Karten"?

Antwort:
Im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben wurden die Verfahren für alle Beteiligten so einfach und unbürokratisch wie möglich gestaltet. Bereits vor Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets wurde Kontakt zu den Sportverbänden der Landeshauptstadt München sowie weiteren betroffenen Verbänden aufgenommen. Über zahlreiche Gremien erfolgt hier ständiger Kontakt und Austausch. Die Einführung einer „Bildungskarte" wird seitens des Sozialreferats ebenfalls in Betracht gezogen. Auch hierüber erfolgt eine detailliertere Information im Rahmen der vorgesehenen Beschlussvorlage im Herbst 2013.

Frage 11:
Unter welchen Bedingungen wird in der LHM die Förderung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Nachhilfeunterricht gewährt? Was müssen Eltern und Lehrer nachweisen? Müssen die Leistungen des Kindes so schlecht sein, dass es sitzen zubleiben droht?

Antwort:
Neben den grundsätzlichen Anspruchsvoraussetzungen für Leistungen im Rahmen von Bildung und Teilhabe muss hier zusätzlich das Klassenziel gefährdet sein. In Bayern ist das Lernziel in der Regel das Vorrücken in die nächste Jahrgangsstufe. Dies muss von der Schule bestätigt werden. Im Regelfall wird eine Lernförderung im Umfang von einer Stunde pro Woche und Fach über einen Zeitraum von maximal sechs Monaten gewährt. Allgemeine Informationen können Sie unter *www.bmas.de*, *www.muenchen.de/sozialreferat* und *www.muenchen.de/jobcenter* abrufen.

Immer wieder Gleissperrungen und Behinderungen wegen unbefugten Betretens von Gleisanlagen – sind „Rumänen“ schuld?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 13.8.2013

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 13.08.2013 führen Sie als Begründung aus:

„Augenscheinlich und der Berichterstattung der Lokalmedien zufolge häufen sich bei der Bahn Fälle von Störungen des Zugverkehrs durch Personen, die sich unbefugt in den Gleisanlagen aufhalten. Immer wieder kommt es dadurch zu aufwendigen Suchaktionen nach den Unbefugten – sogar unter Einsatz von Hubschraubern –, zu Gleissperrungen und lästigen Verspätungen. Offenbar verschaffen sich die Unbefugten auch in zunehmendem Maße Zutritt zu abgestellten Zügen und klettern sogar auf Strommasten. Allein in den letzten Tagen, am Sonntag, 11.08., und Montag, 12.08., waren gleich zweimal Suchaktionen erforderlich, auch diesmal kam es zu Beeinträchtigungen des Zugverkehrs. Auch tödliche Unfälle ereignen sich, wie etwa am letzten Freitag, als ein Zug einen 20-jährigen erfasste, der durch das Überqueren der Gleise am Ostbahnhof offenbar eine Abkürzung nehmen wollte.
Während sich die Öffentlichkeit über die auffällige Zunahme von Fällen unbefugten Betretens von Einrichtungen der Deutschen Bahn noch wundert, steuerte die ‚Süddeutsche’ – sicher unbeabsichtigt – womöglich das entscheidende Detail mit der Feststellung bei: ‚Vier rumänische Staatsangehörige wurden festgenommen’ (http://www.sueddeutsche.de/muenchen/s-bahn-muenchen-zwischen-den-gleisen-1.1744968; aufgerufen 13.08.2013, 4.26 Uhr). – Hier stellen sich interessante Fragen.“

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich der DB Netz AG fallen. Demnach können Ihre Fragen wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Inwieweit kann die Deutsche Bahn bestätigen, dass es sich bei den unbefugt in abgestellten Zügen oder in Gleisanlagen aufgegriffenen Personen in den letzten Monaten zu einem nennenswerten Teil um „rumänische Staatsangehörige“ handelt?

Antwort der DB Netz AG:
„Dieser Sachverhalt kann nicht bestätigt werden. Bei der Deutschen Bahn AG werden Fälle mit unbefugtem Betreten von Gleisanlagen unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Personen behandelt und erfasst."

Frage 2:
Wie viele Fälle unbefugten Betretens von Gleisanlagen, Zügen oder anderen Einrichtungen der Deutschen Bahn (z.B. stillgelegte Kohlebunker) wurden seit 01.01.2012 registriert (Auskunft bitte von der Deutschen Bahn AG einholen!)?

Antwort der DB Netz AG:
„Diese Frage ist nicht zu beantworten, da jeder Infrastruktur-/Anlagenbetreiber der Deutschen Bahn AG in seinem Zuständigkeitsbereich Meldungen und Alarmierungen sowie Dokumentationen dazu durchführt. Daneben gibt es in der Dokumentation verschiedene Kategorien und Zuordnungskriterien, die eine Auswertung nach Fällen von ‚unbefugtem Betreten von Gleisanlagen' in der gestellten Form nicht möglich machen."

Frage 3:
Inwieweit unternimmt die Deutsche Bahn Anstrengungen, um ggf. eine spezielle ethnische Klientel mit gezielten Aufklärungsmaßnahmen – ggf. mit fremdsprachigen Informationen – vor dem leichtfertigen Betreten von Gleisanlagen und anderen Einrichtungen der Bahn zu warnen? Mit welchem Erfolg?

Antwort der DB Netz AG:
„Die Deutsche Bahn arbeitet insbesondere mit Piktogrammen, um Personen sprachen unabhängig auf Gefahren aus dem Bahnbetrieb hinzuweisen und vor dem leichtfertigen Betreten von Gleisanlagen zu warnen."

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 23. Oktober 2013

Fahrradfreundliche Straßenbahnschienen
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Hans Dieter Kaplan, Bettina Messinger, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Beatrix Zurek (SPD)

Abschuss von Tauben bei der Deutschen Bahn (Werkstatt Pasing)
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan und Bettina Messinger (SPD)

Leerstehendes Stiftungsgebäude Pilotystraße 8 umgehend sanieren und für Familien bereitstellen
Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Leerstände im Bereich privater Immobilien – Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und Informationen darüber bürgerfreundlicher gestalten!
Antrag Stadträtin Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Bettina Messinger
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Hans Dieter Kaplan
Beatrix Zurek
Verena Dietl
Stadtratsmitglieder

München, den 23.10.2013

Fahrradfreundliche Straßenbahnschienen

Anfrage:

Die Verkehrsbetriebe Zürich testen ein neuartiges Straßenbahnschienensystem. Dieses soll das Verklemmen von Fahrradreifen in den Gleisen verhindern und damit die Sicherheit für Radfahrende erhöhen. Dem Münchner Stadtrat soll darüber berichtet werden.

Begründung:

Bei Fahrrädern mit dünnen Reifen kann es beim Überqueren von Straßenbahnschienen im flachen Winkel passieren, dass man mit dem Reifen in die Schiene kommt und dabei stürzt. Die Erfahrungen des Tests der Verkehrsbetriebe in Zürich könnten auch für den Münchner Stadtrat interessant sein.

gez.

Bettina Messinger
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Hans Dieter Kaplan
Beatrix Zurek
Verena Dietl
Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Bettina Messinger

Hans-Dieter Kaplan

Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion

23.10.2013

Abschuss von Tauben bei der Deutschen Bahn (Werkstatt Pasing)

Anfrage:
Laut Zeitungsberichten hat die DB zum Schutz vor Krankheiten und Infektionsgefahren durch Taubenkot beim Veterinäramt und der Landeshauptstadt München die Genehmigung zum Abschuss von verwilderten Haustauben bei ihrer Werkstatt in Pasing beantragt. Diese Genehmigung soll erteilt worden sein.
Daraus ergeben sich mehrere Fragen:

1. Welche Möglichkeiten hätte die Stadt München gehabt, den Abschuss nicht zu genehmigen?

2. Welche anderen Maßnahmen (z.B. Objektvernetzungen, Taubenhaus) wurden von der DB ergriffen, um die Taubenpopulation und die Verschmutzung durch die Tauben zu verringern?

3. Die LH München wendet das „Konzept zur tierschutzgerechten Regulierung der Stadttaubenpopulation“ an. Welche Möglichkeiten hat die Landeshauptstadt München, Einfluss auf private Grundstückseigentümer zu nehmen, damit diese das Konzept auch anwenden?

Begründung:
Es hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass Fang, Vergiftung und Abschuss nicht geeignet sind, die Taubenpopulation wirksam und dauerhaft einzuschränken, da die entstandenen Lücken durch Tauben aus benachbarten Bereichen und durch Jungtiere schnell aufgefüllt werden. Diese Art der Regulierung des Taubenbestandes sollte auch aus der Sicht des Tierschutzes nicht mehr weiter verfolgt werden.

Um die Taubenpopulation in den Griff zu kriegen, setzt die Stadt selbst auf andere Maßnahmen: Aufklärung der Bevölkerung, Verbot von Fütterung von Tauben, Objektvernetzung und Taubenhäuser

Dagegen ist das massenweise Töten von Stadttauben aus tierschutzrechtlichen Gründen und wegen Unwirksamkeit abzulehnen.

gez.
Bettina Messinger
Hans-Dieter Kaplan

Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Josef Schmid

ANTRAG
23.10.13

Leerstehendes Stiftungsgebäude Pilotystraße 8 umgehend sanieren und für Familien bereitstellen

Die überwiegend leerstehende Immobilie Pilotystraße 8 wird umgehend komplett saniert und an Familien vermietet.

Begründung:
Bereits 2002 hat der Münchner Stadtrat die Verwaltung beauftragt, die Stiftungsimmobilie Pilotystraße 8 zu sanieren. Seit dieser Zeit hat die Stadtverwaltung trotz großer Wohnungsnot in München durch Untätigkeit „geglänzt“, diesen Auftrag des Stadtrats ignoriert, die Wohnungen leer stehen lassen und den sukzessiven Verfall des Hauses geduldet. Nun muss dieser 10 Jahre alte Stadtratsbeschluss umgehend vollständig umgesetzt werden. Eine fundierte Kostenschätzung geht von ca. 1,2 Mio. € aus. Eine spontane Interimsnutzung darf nicht erfolgen, vielmehr müssen die familiengerechten Wohnungen wieder dauerhaft an Familien vermietet werden, bei denen der Bedarf am größten ist.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
STADTRATSFRAKTION
ROSA LISTE
MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 22.10.2013

Leerstände im Bereich privater Immobilien – Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und Informationen darüber bürgerfreundlicher gestalten!

Antrag

1.Dem Stadtrat wird dargestellt,

• der aktuelle gesetzliche Rahmen zur Zweckentfremdung von Wohnraum und zu längerfristigem Wohnungsleerstand im Bereich privater Immobilien und der Handlungsspielraum der Kommune;

•die Maßnahmen, mit denen die Stadt bereits die Rückgewinnung von Wohnraum im Bereich privater Immobilien verfolgt;

•und ob die vorhandenen Strukturen und Maßnahmen ausreichen, um längerfristige Leerstände und Zweckentfremdung von Wohnraum z.B. für Ferienwohnungen etc. zu identifizieren und Maßnahmen zur Wohnraumrückgewinnung einzuleiten.

2.Die Bezirksausschüsse werden umfassend darüber informiert, welche Anlaufstellen in der Verwaltung für Zweckentfremdung und Wohnungsleerstand zuständig sind, welche Maßnahmen die Stadt München ergreifen kann, und wie Bezirksausschüsse und Stadtverwaltung hier kooperieren können.

3.Diese Informationen werden medien- und zielgruppenwirksam verbreitet (z.B. an prominenter Stelle auf den städtischen Internetseiten, bei Bürgerversammlungen etc.), damit gewährleistet ist, dass möglichst alle Bürgerinnen und Bürger wissen, wohin sie sich wenden können, und dass die Stadt tätig wird.

Begründung
Wohnungsleerstände sind in einer Stadt, in der bezahlbare Wohnungen rar sind, ein besonderes Ärgernis und weder im kommunalen noch im privatem Eigentum zu tolerieren (sofern es keine guten Gründe für den Leerstand gibt). Leerstehende Immobilien wie jene in der Pilotystraße 8 lösen, völlig zu Recht, Protest bei den Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt aus. Auch die zunehmende illegale Untervermietung von Wohnraum an Touristen oder die illegale Umwandlung von Wohnraum in Ferienappartements führen zu Unmut bei der Bevölkerung vor Ort. Die Bezirksausschüsse sind hier in der Regel die ersten Ansprechpartner.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Seit 2009 hat die Stadt München nun eine Zweckentfremdungsatzung auf der Rechtsgrundlage des ehemaligen Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum. Die Abteilung Wohnraumerhalt des Amtes für Wohnung und Migration ist hierfür die Anlaufstelle in der Verwaltung. Sie ist jedoch nicht in der Lage, private Leerstände oder Zweckentfremdung von Wohnraum flächendeckend zu erfassen und deshalb auf Hinweise von den Bezirksausschüssen und aus der Bevölkerung angewiesen.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eines der wichtigsten Ziele für die Stadt München in den nächsten Jahren. Die Behebung von Leerständen ist ein wichtiger Baustein zur Schaffung von günstigem Wohnraum, wenn auch oft nur für kurze Zeit. Mit dem Antrag zum städtischen Immobilienbesitz werden nun hoffentlich alle für eine Vermietung geeigneten Wohnungen dem Wohnungsmarkt oder zumindest für eine Zwischenmiete zur Verfügung gestellt. Doch auch im Bereich privater Immobilien gibt es noch eine Vielzahl an leerstehenden Objekten, die für den Wohnungsmarkt nutzbar gemacht werden sollten.

Die Stadt sollte hierfür als unkomplizierte Ansprechpartnerin zur Verfügung stehen; für die Bezirksausschüsse, für aktive Gruppierungen wie Goldgrund aber auch für einzelne, aufmerksame Bürgerinnen und Bürger. Die Voraussetzung zur Gewinnung dieses Bürgerwissens ist eine umfassende Information darüber, welche Maßnahmen die Stadt ergreifen kann, welche Schritte unternommen werden müssen und wer die richtige Anlaufstelle dafür ist.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Sabine Nallinger

Mitglied des Stadtrates

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 23. Oktober 2013

Kooperation zwischen SWM und MVHS
Neues Bildungszentrum Einstein 28
- Entwurfsplanungen abgeschlossen, Baubeginn steht bevor
- Aktionstag „Einstein 28 kommt“ am 26. Oktober
- Spendenaktion „Ein Stein für’s Einstein“
Pressemitteilung SWM

„Klimaherbst“-Abschluss bei der MVG: „Mobilität – geht doch!“
Pressemitteilung MVG

51/151/168/N48
Herbstferien: Bus-Umleitung wegen Sperrung der Laimer Unterführung
Pressemitteilung MVG

Slalom-Krimi am Olympiaberg am 1. Januar 2014
Pressemitteilung Olympiapark München

Münchner Volkshochschule

SW//M

(teilweise voraus)

Zur Pressekonferenz mit Oberbürgermeister Christian Ude, Aufsichtsratsvorsitzender der Münchner Volkshochschule GmbH und der Stadtwerke München GmbH, Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung, und Prof. Dr. Klaus Meisel, Managementdirektor der MVHS, 22. Oktober, 11.30 Uhr, Einsteinstraße 28

Kooperation zwischen SWM und MVHS Neues Bildungszentrum Einstein 28

- **Entwurfsplanungen abgeschlossen, Baubeginn steht bevor**
- **Aktionstag „Einstein 28 kommt“ am 26. Oktober**
- **Spendenaktion „Ein Stein für‘s Einstein“**

(23.10.2013) Auf dem geschichtsträchtigen Areal an der Einstein- und Schloßstraße in Haidhausen errichten die Stadtwerke München (SWM) hinter den historischen Fassaden einen neuen Gebäudekomplex, in den die Münchner Volkshochschule (MVHS) einziehen wird. Viele, bislang im Stadtzentrum verteilte Unterrichtsorte der MVHS werden dann hier zu einem Unterrichtszentrum gebündelt. Zukünftig wollen die beiden städtischen Töchter auch bei Bildungsthemen wie Energie, Energieeinsparung und Trinkwasserschutz enger zusammenarbeiten.

Oberbürgermeister Christian Ude, Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke München GmbH sowie der Münchner Volkshochschule GmbH: „Das ‚Einstein 28‘ ist ein Paradebeispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit innerhalb der städtischen Familie. Davon profitieren alle Beteiligten – die beiden städtischen Töchter, Lehrende und Lernende, Nachbarschaft und Stadtviertel – und nicht zuletzt die gesamte Stadtgesell-

schaft. Ich lade die Nachbarn und alle Münchner und Münchnerinnen ein, sich am Aktionstag ‚Einstein 28 kommt' selbst einen Eindruck von den bevorstehenden Veränderungen in diesem geschichtsträchtigen Gebäude zu machen. Nutzen Sie auch die Möglichkeit, das vielfältige Bildungsangebot der MVHS kennenzulernen und zu erleben."

„Einstein 28 kommt" – Schauen, Zuhören, Mitmachen
Bevor die Bauarbeiten beginnen, haben Anwohner und Anwohnerinnen sowie alle Interessierten am Samstag, 26 Oktober, die Möglichkeit, die zukünftigen Gebäude kennen zu lernen. Beim Aktionstag „Einstein 28 kommt" in den Bestandsbauten stellen die Architekten die Planungen für den Neu- und Umbau vor.

Von 12 bis 17 Uhr lädt ein vielfältiges Programm mit Dozentinnen und Dozenten der MVHS die Besucher zum Schauen, Zuhören und Mitmachen ein: **Ein Bühnenprogramm gibt Einblicke in die Angebote zur Gesundheitsbildung, zur kulturellen Bildung und in das umfangreiche Fremdsprachenprogramm. „Ein „Science Slam" zu Albert Einstein zeigt darüber hinaus, dass die Münchner Volkshochschule über fachlich hervorragende und redegewandte Dozenten im Bereich der naturwissenschaftlichen Bildung verfügt** „ Ich freue mich darauf, dass wir den Haidhauser Bürgern einen vergnüglichen Einblick in unser Programm geben können, der zeigen wird, dass gute Bildung und gute Unterhaltung sich keineswegs ausschließen müssen," so die Programmdirektorin der Münchner Volkshochschule, Dr. Susanne May (ausführliches Programm liegt bei).

Informationen rund um das aktuelle Herbst/Winter-Programm der Münchner Volkshochschule und eine Anmeldemöglichkeit direkt vor Ort ergänzen den Aktionstag.

Ein Stein für's Einstein
Am Tag der offenen Tür wird auch der „Verein der Förderer und Freunde der Münchner Volkshochschule e.V." vor Ort

sein. Er unterstützt das „Einstein 28“ mit einer besonderen Aktion: Jeder Spender erhält symbolisch einen eigens bedruckten, kleinen Ziegelstein. Die Aktion wird bis 2015 fortgesetzt.

Prof. Dr. Klaus Meisel, Managementdirektor der MVHS, Oberbürgermeister Christian Ude, Dr. Reinhard Wieczorek, Vorsitzender des Vereins der Förderer und Freunde der Münchner Volkshochschule e.V., und Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung, (v.li.) stellen die Spendenaktion vor.

Das zukünftige Bildungszentrum

Auf dem Gelände der früheren „Direktion der Münchner Verkehrsbetriebe“ wird sich schon in wenigen Monaten einiges ändern. Die SWM werden beginnen, das Areal für die MVHS umzugestalten. Erhalten bleiben die beiden historischen Ensemble-Bauten an der Einsteinstraße. Die dahinterliegenden Bestandsgebäude weichen modernen und zweckmäßigen Neubauten. Auf dem 3.680 m^2 großen Grundstück wird ein Bauwerk mit einer Bruttogeschoßfläche von 10.900 m^2 entstehen. In den 4 Gebäudeteilen – den historischen an der Einsteinstraße und den beiden Neubauten – sind dann in vier oberirdischen Etagen (inkl. Erdgeschoss) und im Untergeschoss neben öffentlichen Bereichen mehr als 70 Unterrichtsräume untergebracht. Allgemeine, politische, kulturelle und berufliche Bildungsangebote für Erwachsene und Jugendliche erhalten hier dann zeitgemäße Räumlichkeiten.

Die Abbruch- und Bauarbeiten in der Einsteinstraße beginnen im ersten Halbjahr 2014. Im Sommer 2016 wird die MVHS den Betrieb aufnehmen.

Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung: „Die SWM tragen die Verantwortung für eine sichere und nachhaltige Versorgung mit Energie, Wasser, Nahver-

kehr, Bädern und Telekommunikation. Darüber hinaus nehmen wir unsere soziale Verantwortung ernst. Auch deshalb engagieren wir uns mit zukunftsorientierten Großprojekten für die Stadtgesellschaft. Wie mit dem Münchner Technologiezentrum (MTZ) auf dem M-Campus in Moosach, das seit fünf Jahren Existenzgründern Raum zum Entwickeln und Wachsen bietet. In direkter Nachbarschaft bauen wir für die Landeshauptstadt derzeit das IT-Rathaus München, das 2014 bezogen wird. Und nun schaffen wir mit dem Neubau für die MVHS die Basis für neue Bildungschancen. Die Zusammenarbeit zwischen SWM und MVHS ist dabei nicht nur gesellschaftspolitisch sinnvoll, sondern auch ökonomisch: Denn das zentral gelegene und hervorragend mit dem ÖPNV erschlossene Grundstück bleibt in kommunaler Hand und die Mietzahlungen der MVHS werden künftig innerhalb der ‚städtischen Familie' den Neu- und Umbau refinanzieren."

„Einstein 28" ermöglicht moderne Erwachsenenbildung

Der geplante zweite zentrale Lernort ergänzt die Räume im Gasteig und die Stadtbereichs- und Stadtteilzentren. Die beabsichtigte Zusammenfassung einer Reihe von Unterrichtsorten aus dem Stadtzentrum ermöglicht der MVHS eine in mehrfacher Hinsicht zukunftsorientierte Raumlösung: Die Münchner Bürgerinnen und Bürger erhalten einen zentralen, mit U-Bahnen, Tram und Bussen hervorragend angebundenen Ort des lebenslangen Lernens, dessen moderne Architektur erfolgreiches Lernen Erwachsener fördern wird. Lernbegleitende Serviceleistungen können dadurch verbessert werden, wie eine weitere Anmeldestelle, Information und Beratung, Selbstlernzentrum, Kinderbetreuung und Cafeteria. Im Gebäude wird das gesamte Spektrum der Bildungsangebote zu finden sein – ebenso wie Fachräume für die Gesundheitsbildung, eine Lehrküche und ein großer Veranstaltungssaal. Angesprochen werden alle Bevölkerungsgruppen; inhaltliche Schwerpunkte werden beim zweiten Bildungsweg, in der Seniorenbildung und bei Integrationsangeboten liegen.

Prof. Dr. Klaus Meisel, Managementdirektor der MVHS: „Wir freuen uns schon sehr auf das neue Gebäude. Damit werden wir unser Angebot nochmals deutlich verbessern können. Das ‚Einstein 28' ist exakt auf unsere Bedürfnisse zugeschnitten. Wir konnten hier unsere Vorstellungen einbringen und erhalten bedarfsgemäße, moderne Unterrichts- und Fachräume. Das Raummanagement kann verbessert werden. Nicht zuletzt bietet das Vorhaben auch Vorteile für den Betrieb. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Arbeitsplätze bislang im Stadtzentrum verstreut sind, arbeiten zukünftig in einem Gebäude. Das erleichtert die Zusammenarbeit erheblich. Und: Neben dem Gasteig wird die MVHS mit dem Gebäude an der Einsteinstraße ein zweites Gesicht in zentraler Lage erhalten."

Mehr als 230.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie rund 16.000 Kurse zählt jährlich das umfangreiche Bildungsangebot der MVHS. Den Inhalten, dem Service sowie der pädagogischen Qualität und Qualifikation der Lehrenden werden in Kundenbefragungen immer wieder sehr gute Noten erteilt. In einer Gesellschaft, in der lebenslanges Lernen eine immer wichtigere Rolle einnimmt, ist die MVHS mit ihren Beratungs- und Bildungsangeboten Begleiter, Wegweiser und Mentor aller Bürgerinnen und Bürger. Durch die Offenheit der MVHS für die Bedürfnisse und Bildungsinteressen unterschiedlichster Zielgruppen trägt sie auch nachhaltig zur erfolgreichen gesellschaftlichen Integration bei. Die MVHS erhofft sich, dass mit dem neuen MVHS-Bildungszentrum Einstein 28 zukünftig auch die MVHS-Räume Räume sehr gute Noten erhalten.

Zur Historie des Areals bis heute:

- 1890 Depot mit Ställen und Wagenhalle für die damalige Pferdetram
- Ab 1927 war hier der Sitz der Direktion der Münchner Verkehrsbetriebe.
- 2002/2003 Auszug der MVG in die neue SWM Zentrale in Moosach

- Zwischennutzung durch Bürogemeinschaften und Künstler mit befristeten Mietverträgen
- Von der ursprünglichen Grundstücksfläche wurden 1.050 m² an die Landeshauptstadt München abgegeben, die dort derzeit eine Turnhalle für die benachbarte Grund- und Förderschule sowie Kinderbetreuungseinrichtungen errichtet.
- Im Rahmen eines europaweiten Architektenwettbewerbs wurde ein Neubau entwickelt, der zusammen mit den beiden denkmalgeschützten Gebäudeteilen an der Einsteinstraße ein harmonisches neues Ensemble bildet. Die Sichtachse zum denkmalgeschützten Tröpferlbad an der Schloß-/ Flurstraße bleibt in Absprache mit Bezirksausschuss, Lokalbaukommission und Denkmalschutz erhalten.
- 2011 haben die SWM einen einstufiger Realisierungswettbewerb inklusive vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb ausgelobt. Unter 20 internationalen Büros gingen die Münchener Raupach Architekten als Sieger hervor.

Achtung Redaktionen:
Das Foto, Visualisierungen und Pläne zu Einstein 28 stehen unter www.swm.de/presse zum Download zur Verfügung.

Kontakt:

MVHS
Susanne Lößl
Leitung Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 089 48006 6188
E-Mail: susanne.loessl@mvhs.de

SWM
Bettina Hess
Pressesprecherin
Tel.: 089 2361 5042
E-Mail: presse@swm.de

23.10.2013

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
MVG
80287 München
www.mvg-mobil.de

Verantwortlich für
Inhalt und Redaktion:
Bettina Hess
Telefon:
089.2361-5042
Fax:
089.2361-5149
email:
hess.bettina@swm.de

„Klimaherbst"-Abschluss bei der MVG: „Mobilität – geht doch!"

„Mobilität – Geht doch!" Davon ist die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) überzeugt, und das zeigt sie als Gastgeberin des Abschluss-Events des diesjährigen „Klimaherbstes" am Samstag, 26. Oktober – in Kooperation mit BenE München e.V. Die gesamte Veranstaltungsreihe steht unter dem Motto „Die Zukunft der Mobilität – Geht´s Noch?!".

Die MVG stellt im Rahmen der Abschlussveranstaltung von 14 bis 20 Uhr ihre Mobilitätsangebote vor, darunter auch das geplante Mietrad-System „MVG Rad". Gezeigt wird unter anderem die MVG-Ausstellung „Die moderne Tram in Europa". MVG-Planungschef Gunnar Heipp thematisiert mit den Besuchern die Zukunft des ÖPNV in München (ca. 15.45 Uhr). Außerdem findet ein Improvisationstheater statt: Ein Ensemble des Fastfood Theaters zeigt, welche komischen Seiten Mobilität haben kann (ca. 17 Uhr).

Die Veranstaltung findet in der „Gaszählerwerkstatt" neben der SWM Zentrale in Moosach statt (Agnes-Pockels-Bogen 6; U1 Westfriedhof). Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen gibt's unter: www.klimaherbst.de

23.10.2013

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
MVG
80287 München
www.mvg-mobil.de

Verantwortlich für
Inhalt und Redaktion:
Bettina Hess
Telefon:
089.2361-5042
Fax:
089.2361-5149
email:
hess.bettina@swm.de

51 151 168 N48

Herbstferien: Bus-Umleitung wegen Sperrung der Laimer Unterführung

Die Buslinien 51, 151, 168 und N48 verlassen in den Herbstferien erneut ihren regulären Linienweg in Laim bzw. Nymphenburg. Wegen Fernwärmearbeiten in der Laimer Unterführung sind von Samstag, 26. Oktober bis voraussichtlich Freitag, 1. November folgende Änderungen bei der Linienführung erforderlich:

MetroBus 51 und **NachtBus N48:** Zwischen den Haltestellen Romanplatz und Laim Bf. fahren die Busse eine Umleitung über die Friedenheimer Brücke und bedienen dort die Haltestelle Hirschgarten (S-Bahnhof). Die Haltestellen Hirschgartenallee, Kemnatenstraße, Herthastraße und Windfriedstraße entfallen (Ersatz durch Linie 151).

StadtBus 151: Diese Linie wird geteilt: Nördlich der Laimer Unterführung fahren die Busse zwischen Westfriedhof bzw. Romanplatz und Winfriedstraße mit Wendung über die Haltestelle Nymphenburg Süd, südlich davon zwischen Laim Bf. und Parkstadt Solln. Im Abschnitt Romanplatz – Winfriedstraße ersetzt die Linie 151 (Nord) den umgeleiteten MetroBus 51; ihr Angebot wird entsprechend verdichtet (Betriebszeiten und Takt wie sonst beim MetroBus 51).

StadtBus 168: Die Busse wenden vorzeitig am Laimer Bahnhof und lassen die Haltestelle Nymphenburg Süd nördlich des Tunnels aus.

Für Fußgänger und Radfahrer bleibt die Unterführung während der Bauarbeiten geöffnet, damit auch der Zugang zum S-Bahnhof. Die MVG bittet ihre Fahrgäste, sich auf die teilweise veränderten Linienwege, Haltepositionen und Abfahrtszeiten einzustellen und mehr Zeit als üblich einzuplanen. Informationen gibt es auch unter www.mvg-mobil.de und an der kostenfreien MVG-Hotline unter 0800 344226600 (montags bis freitags, 8 bis 20 Uhr).

Olympiapark München GmbH // Spiridon-Louis-Ring 21 // 80809 München

Presse-Information

22. Oktober 2013

Die 16 besten Damen und Herren beim Audi FIS Ski World Cup in München

Slalom-Krimi am Olympiaberg am 1. Januar 2014

Vorverkaufsstart für den Münchner Parallelslalom im Olympiapark

Die Konzentration ist auf dem Höhepunkt, das Adrenalin schießt durch den Körper. Oben an der Spitze des Olympiabergs fiebern 16 der weltbesten Skirennläufer und -läuferinnen dem Start entgegen. Dann das erlösende Kommando: „BLUE READY, RED READY, GO!“ Die Disziplin, der Schauplatz, die Flutlicht-Atmosphäre - all dies macht den Parallelslalom des Audi FIS Ski World Cups im Olympiapark am 1. Januar 2014 – für den es ab sofort Tickets gibt - außergewöhnlich, spektakulär und auch sportlich hoch interessant.

Das Rennen im Olympiapark ist Motivation pur – auf jeden Fall für den diesjährigen Sieger Felix Neureuther, der in seinem letzten, furiosen Lauf Marcel Hirscher (Österreich) geschlagen hatte: „Die große Herausforderung dieses Slaloms ist, in jedem der acht Läufe 180 Prozent zu geben.“ Und weiter: „Zwar ist der Parallelslalom eine andere Geschichte als ein gewöhnliches Weltcuprennen, aber nicht minder anspruchsvoll. Schließlich finde ich es zudem wichtig, unseren Sport in die Stadt zu bringen. Denn nur hier können die Fans mit der U-Bahn zum Rennen kommen und die Faszination des alpinen Skisports wirklich hautnah erleben!“

Ganz ähnlich sieht es FIS-Präsident Gian Franco Kasper: „Das Rennen dieses Jahres hat ganz deutlich gezeigt, dass das Format seine Berechtigung und seinen festen Platz im Weltcupkalender verdient hat. Dafür sprechen nicht nur die sportlichen Leistungen unserer Athleten, sondern vor allem auch der Zuspruch und die Begeisterung der Zuschauer.“

Auch heuer werden sich wieder jeweils zwölf der besten Damen und Herren des Slalomweltcups und jeweils die ersten vier der Gesamtweltcup-Wertung am Olympiaberg messen. Und so wird mit ihnen zu rechnen sein: natürlich mit den Local Heroes Maria Höfl-Riesch, Viktoria Rebensburg und Fritz Dopfer sowie mit internationalen Skistars wie André Myhrer (Schweden), Alexis Pinturault (Frankreich) oder Ivica Kostelic (Kroatien). Aller

INFOS & TICKETS:
SKIWELTCUP-MUENCHEN.DE

Presse- und Informationsservice // Verantwortlich: Arno Hartung // Abdruck honorarfrei - Belege erbeten
presse@olympiapark.de // Tel.: +49 89 / 3067 2014 // Fax: +49 89 / 3067 2222 // www.olympiapark.de

Title Sponsor
Official Timekeeper
Official Sponsor

Voraussicht nach wird auch die Siegerin des diesjährigen Parallelslaloms Veronika Velez Zuzulova (Slowakei) versuchen ihren Platz zu verteidigen und sich dabei gegen Größen wie Tina Maze (Slowenien) oder Michaela Kirchgasser (Österreich) durchsetzen müssen.

Natürlich wird es um das Weltcup-Rennen herum auch am 1. Januar 2014 für alle Ski-Fans ein kurzweiliges Rahmenprogramm geben. Jede Menge Spaß und Action werden schon ab 15.00 Uhr die Aktionsflächen auf dem Sponsor Market bieten, BAYERN 3 für die richtige Stimmung sorgen und im Gastrobereich winterliche Köstlichkeiten Finger und Seele wärmen. Rennstart ist dann um 17.00 Uhr.

Vorverkaufsstart für den Slalom-Krimi am Olympiaberg

Ab sofort gibt es Tickets für den Münchner Parallelslalom. **Die gute Nachricht: Die Eintrittspreise für den Audi FIS Ski World Cup im Olympiapark bleiben auch für das Rennen 2014 gleich**. Und auch „Frühbucher“ sparen vom Vorverkaufsstart bis zum 31. Dezember 2013 wieder Geld! So kostet das Erwachsenenticket im Vorfeld des Weltcups 19.- statt 21.- Euro und Kinder unter 16 Jahren, Studenten, Schüler, Rentner, Schwerbehinderte, Azubis, freiwilliger Wehrdienst und Bundesfreiwilligendienst zahlen 11.- statt 13.- Euro. Zusätzlich gibt es die Familienkarte (4 Personen, darunter mind. 2 Kinder unter 16 Jahren, jedes weitere Kind 5 Euro/7 Euro an der Tageskasse) für 50 Euro (Tageskasse 56.- Euro) oder das Ticket 4 friends and more (ab 4 Personen) zu 17 Euro pro Person im Vorverkauf (alle Tickets inkl. ges. MwSt. und aller Gebühren, ggf. zzgl. Versandkosten). Kinder unter sechs Jahren haben freien Zutritt.

Erhältlich sind die Tickets bei der München Ticket GmbH unter 089/54 81 81 81; Fax 089/54 81 81 54 oder www.muenchenticket.de und natürlich an den bekannten Vorverkaufsstellen.

Als VIP zum Weltcup! Zu einem noch größeren Ski-Vergnügen wird der Audi FIS Ski World Cup mit dem Weltcup-VIP-Ticket! Das Angebot beinhaltet u.a. einen wunderschönen VIP-Bereich im Restaurant Coubertin mit bestem Blick auf die Rennstrecke und süßen Leckereien. Im Zielbereich: Suppen und heiße Getränke zum Warmhalten und im Anschluss an die Siegerehrung ein After-Race-Showdown mit exquisitem Buffet im Coubertin. Außerdem im Paket: ein reservierter Parkplatz im Olympiapark. Das Weltcup-VIP-Ticket gibt es zu 210,- Euro pro Person (inklusive aller Gebühren, ggf. zzgl. Versandkosten; Kinder unter sechs Jahren frei, aber ohne Sitzplatzanspruch) entweder bei der S&K Marketingberatung GmbH unter 089 - 36 81 940, andrea.koestler@sk-marketing.de oder beim Premiumservice der München Ticket GmbH unter 089 – 54 81 81 72, premiumservice@muenchenticket.de.

Mehr Infos zum Audi FIS Ski World Cup 2014 gibt es unter www.skiweltcup-muenchen.de und www.olympiapark.de.